

wie die Leitung unsres Verbandes die gewerkschaftliche Neutralität aussagt. In dem Jahresberichte heißt es darüber:

Demgegenüber sei hier kurz festgestellt, daß der Verband sich nicht darum kümmert, wie seine Mitglieder sich bei politischen Wahlen verhalten; bei den Wahlen für die Vertretung zur Krankenkasse usw. jedoch handelt es sich um Wahlen zur Wahrnehmung sozialer Interessen, lehrt man zu wahren ist aber unbedingte Aufgabe der Gewerkschaften. Die der Generalkommission angeschlossenen freien Gewerkschaften haben durch Errichtung von Sekretariaten zur Vertretung ihrer Mitglieder bei den verschiedenen Instanzen der Rechtsprechung in Urteils-, Invalditäts- usw. Versicherungen wertvolle Einrichtungen geschaffen: es muß daher verlangt werden, daß die Mitglieder unsres Verbandes sich nicht von politischen oder andern gewerkschaftlichen Richtungen gegen ihre eigene Organisationsaufgaben lassen, indem sie für erstere kandidieren und dadurch zur Zersplitterung der Einigkeit in den eignen Reihen beitragen. Wer einer gewerkschaftlichen Organisation angehört, hat auch die daraus sich ergebenden Pflichten zu erfüllen, die politischen Anschauungen haben damit nichts zu tun. Von dieser korrekten Auffassung wird uns auch das Geschwätz über Neutralitätsverletzung nicht abbringen. In einer Zeit, wo die ganze Kapitalmacht der Großindustrie es noch für notwendig erachtet, mit der einflussreichen Landwirtschaft sich zu vereinigen, um eine noch wirkungsvollere Vertretung ihrer Interessen herbeizuführen, sollten doch die Arbeiter endlich zu der Erkenntnis gelangen, wessen Interessen sie durch solche Zersplitterung fördern!

Es ist gut, daß einmal von so autoritativer Stelle aus den Zweiflern in den eignen Reihen wie etlichen, sich unbedingt zu Richtern über den Verband aufwerfenden Prinzipalen — die „Seilschneid“ brachte bekanntlich erst neulich wieder eine Einwendung, die ebenso animos wie begriffsfremd sich zu diesem Thema gegen den Verband aussieht, worüber nun „Typ.“ und „Wesendeutsche Arbeiterzeitung“ Freudenparabeln schlagen — und auch unsern lieben „Freunden“ bedeutet wird, was wirkliche Neutralität ist und was der Verband von allen seinen Mitgliedern unbedingt fordert. Wer die Neutralitätsbeugelei der buntschichtigen Neutralitätsprediger immer noch nicht zu erkennen vermag, für den hat auch Adam Riese mit seinem einfachen Rechenexempel keine Geltung mehr.

Schließlich sei noch der österreichischen Tarifbewegung Erwähnung getan, über die der Jahresbericht sich kurz ausspricht. Es ist fürwahr eine Absurdität, die sich hier zeigt. In Deutschland Bekämpfung der Tarifgemeinschaft von außenstehenden Kreisen mit der Folgeerscheinung wachsender innerer Widerstände auf Prinzipalseite; in Österreich aber fühlte sich die Regierung gedrängt, das deutsche Tarifamt zur Vermittlung zwischen den kämpfenden Parteien anzurufen. Das Handelsministerium gab sich alle Mühe, eine Verständigung und einen neuen Tarifabschluss herbeizuführen. Prinzipals- und Gehilfenvertretung erkannten auch in Abereinstimmung mit den Regierungskommissaren an, daß ohne die Mitwirkung des deutschen Tarifamts ein Friedensschluß nicht hätte erzielt werden können und zum andern gewiß nicht auf einer Basis, die angesichts der durch den längeren Kampf geschaffenen Erbitterung für beide Teile annehmbar war. Das Tarifamt, das auch je einen Organisationsvertreter kooperiert hatte — von unsrer Seite den ersten Verbandsvorsitzenden —, fand allseitige Anerkennung und die außerordentliche Tätigkeit des Tarifamtssekretärs uneingeschränktes Lob. Doch welchen Unfreundlichkeiten und Angriffen ist dasselbe Tarifamt und der nämliche Bevollmächtigte, Kollege Schliebs, in Deutschland ausgesetzt? Was die im Streite liegenden, also hübler Überlegung nicht immer zugänglichen Parteien, und was auch die österreichische Regierung als nachahmenswerte Einrichtung anerkannte, vermag das nicht im eignen Lande die gleiche Verschönerung zu finden? Oder sollte es nicht möglich sein, sich wieder mehr darauf zu besinnen, was man befehlt, was aber durch störende Einflüsse in seiner Bedeutung für die gedächliche Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse einer gewissen Unterschätzung anheimgefallen ist? Diese Fragen ernstlich zu prüfen, hätte die Prinzipalität alle Veranlassung. Denn wenn die Gehilfenschaft aus dem österreichischen Tarifkampfe auch ihre Lehren ziehen muß — nachdem die mannigfachen Nachwehen überwunden und die nicht wenigen Unklarheiten beseitigt, die auf ein neues Fundament gestellte österreichische Tarifgemein-

schaft in der Hauptsache nunmehr als perfekt anzusehen ist, wird der „Korr.“ die Neugestaltung der Tariforganisation in Österreich einer aus den angeführten Gründen immer wieder hinausgeschobenen Betrachtung unterwerfen —, die deutsche Prinzipalität hat unstreitig die vielseitigsten Lehren daraus zu ziehen!

Allem Anscheine nach ist man einem solchen Anschauungsunterricht aus der Ferne aber nicht recht zugänglich. Es würde deshalb der diesjährigen Tagung des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig nicht zum Nachteile gereichen, wenn die in Wien als Vermittler tätig gewesenen Prinzipale den Vertretern aus ganz Deutschland über ihre dort gesammelten Erfahrungen eindringliche Vorlesungen halten. Es wäre das zweifellos wertvoller und auch allgemein dienlicher, als sich über schon an verschiedenen Orten bemerkbar machende Anregungen und Anträge zu unterhalten, die auf das Ausscheiden des Deutschen Buchdruckervereins aus dem immer noch eine mißlere Linie bewahrenden Bunde der Industriellen und den Übertritt zu der extrem scharfmacherischen Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände abzielen. Die österreichische Prinzipalität kann ja ein Lied davon singen, was „profitiert“ wird, wenn man sich völlig in das Schlepptau der großindustriellen Scharfmacher begibt.

Es wäre zu wünschen, daß der bessern Einsicht bei unsrer Prinzipalität nun endlich durch das österreichische Schulbeispiel zum Durchbruche verholfen wird. Dann könnte auch der nächstjährige Vorstandsbericht über die Situation im Gewerbe sich einmal wieder befriedigend aussprechen.

„Positive gewerkschaftliche“ Arbeit

„Falschmünzer“ überschrieben wir in Nr. 49 einen Artikel, der ebenso wie ein nachfolgender eingelebter sich niedergungen mit dem Gutenbergebunde befaßte. Wir schlugen absichtlich einen kräftigen Ton an, denn der gerade in diesem Fall aus dem Bundesblatte sprechende Schwindel war so handbühnen, daß selbst ein Engländer seine stolze Ruhe ablegen und auf die sauridischen Lügen mit sonst ungewohnten Äußerungen antworten würde. Wenn der „Typograph“ daher aus jenem Artikel eine kleine Blütenlese von Ausdrücken bringt, die nicht dem Lehrbuche des Freiherrn v. Knigge entstammen, so erklärt sich das höchst einfach: Notorisch unanständige Menschen, die — wie in der Angelegenheit der Beurteilung der Reghäuser-Kobler-Affäre — den von ihnen professionell betriebenen Schwindel zur Unerträglichkeit steigern, können nicht in den üblichen Umgangsformen behandelt werden. Tiefe wahren wir immer, auch bei den hitzigsten Disputen. Beim Gutenbergebunde machen wir jedoch eine (erklärliche) Ausnahme, denn sein Niveau ist nicht das eines anständigen Gegners.

Der Verfasser des zweiten Artikels in Nr. 49 muß den Gutenbergebund auch so getroffen haben, wie es der Abgebriethlichkeit dieser Leute doch zu viel ist. Der „Typ.“ versucht deshalb, die erbaltene Prigel in einem besondern, jedoch nichtslagenden Gelegenheitsartikel abzuschütteln.

Die Falschmünzerei der Leute aus der dunkelsten Region unsres Wertes beschränkte sich bekanntlich nicht auf die ohnmächtige Bekämpfung des Verbandes. Im Sommer vorigen Jahres brachte der „Typ.“ „Zusammenstellungen“ aus einem ihm durch Vertrauensbruch zugänglich gemachten Protokolle des Tarifauschusses aus dem Jahre 1907, um eine sehr prominente Persönlichkeit der Tariforganisation durch gewalttätige Unterstellungen verächtlichen Angriffen auszuheben. Der Arbeitgeberverband unterstützte dieses unsäure Beginnen des stillen Teilhabers seiner „rüchlichst bekannten“ Firma durch Nachdruck und Kommentierung, mußte sich aber in einer offiziellen Erklärung des Deutschen Buchdruckervereins sagen lassen, daß seine Behauptungen bzw. Falschmünzungen auf einer Broschüre des Gutenbergebundes beruhen, in der die Ausstellungen der gedachten Persönlichkeit „aus dem Zusammenhange gerissen und hierdurch wie durch ihre Gruppierung im Sinne der Broschüre vollständig entstellt worden sind“. Das war eine gehörige Badepfeife für den Gutenbergebund selbst.

Der Gutenbergebund hat einige Wochen später, bei einer Aussprache mit dem Vorstände des Deutschen Buchdruckervereins, durch seine Vertreter erklären müssen, daß es sich einmal um ein internes Protokoll handelt, und daß die betreffenden Ausführungen in seiner Broschüre „Tarifamt der Deutschen Buchdrucker contra Gewerkschafter Dresden“ „weil aus dem Zusammenhange genommen, in einem andern Licht erscheinen“. Fürwahr eine sehr glimpfliche Behandlung, wenn man bedenkt, daß im „Typ.“ gedachte Behauptungen den Widerlegungen im „Korr.“ zum Trotz immer wieder aufgestellt wurden.

Wenn der Gutenbergebund dieses eine Mal seine Falschmünzerei zugeben hat, so war es nicht Ehrlichkeit, die ihn dabei leitete. Man glaubte vielmehr, durch dieses Eingeständnis einen Vorteil, irgendein Versprechen hinsichtlich der „Erringung der Gleichberechtigung“ in der Tarifgemeinschaft herauszuschlagen, und die Leitung der Prinzipalsorganisation war trotz allem, was vorgekommen, gütig genug, den Leuten einen mageren Stroch hinzuzuerfen. Beim Verband aber sind solche Spekulationen von vornherein verfehlt; bei uns nützen keine Versprechungen, da ist allein das Verhalten ausschlaggebend. In dem Augenblicke jedoch, mit dem der Gutenbergebund ein anständiges Benehmen dem Verbands gegenüber zu zeigen beginnen würde, käme der sanftmütige Umgang ins Schwanken, der Glaube an den Vorzug des Aufsehenslums ginge verloren und die Zurechtweisung, durch die Eigenschaften als Sicherheitsventil und als zweites Eisen im Feuer bei Siegerwald und den Prinzipalen wohl gelitten zu sein, würde schwinden. Also kann die Bundesführung nicht anständig sein! Deshalb geht die Falschmünzerei gegen unsre Organisation auch weiter und neben ihr andre hübsche Praktiken noch.

Verdoppelte Falschmünzerei vollführt der „Typ.“ am 8. Mai. Es handelt sich, wie schon gesagt, um die so sehr willkommene Reghäuser-Kobler-Affäre, die eine felschwimmende Suppe für ihn wäre, wenn sich nicht ein dickes Haar darin befinden würde. Dieses bewußte Haar — schon mehr ein regelrechter Weichselkopf — ist der Umstand, daß im Verbands mit seltener Einmütigkeit jenes Machwerk verurteilt worden ist, und demgemäß der enorm kostspielige Falschzug des Gutenbergebundes nur ein winziges Fangegeißel gebracht hat.

Das macht die Falschmünzerei zum Teil erklärlich; an sich gehört sie ja, wie nachgewiesen, zum ehrlichen Handwerk des Gutenbergebundes. Genau wie im vergangenen Jahre mit den „Feststellungen“ aus dem Protokolle des Tarifauschusses freit der „Typ.“ hier seine plumphen Entstellungenmanöver fort. Er bringt sogar die Rohstückerfertigung, die Stellungnahmen von Berlin und Bremen nach dem „Korr.“ mit den Wiedergaben im „Typ.“ gegenüberzustellen, um zu zeigen, daß er nicht geschwindelt. Aber man muß die Trefferischen Kniffe kennen und darf sich nicht mit seinen Gegenüberstellungen begnügen, sondern immer liegt auf den Kern der Sache loszugehen. Der Kernpunkt liegt denn auch wo anders als da, wohin ihn Treffer jetzt decheln möchte. Es kommt auf diesen Satz an: „Andere große Ortsvereine (Berlin, Leipzig, Mainz, Bremen) haben direkt gegen die Verbandsleitung Stellung genommen resp. nichtslagende Berichte gegeben.“ Das Leipzig und Mainz vom „Typ.“ als gegenfällige Stellungnahmen rubriziert werden, mag gelten; sein Wahrheitsapostel kann sich aber zu Tode schwindeln, es bleiben diese beiden großen Ortsvereine allein auf weiser Flur. Wenn im Bundesorgan selbst aber aus dem Bremer Bericht der Satz zitiert wird, „daß dem Inhalte der Koblerischen Broschüre, soweit er sich mit den Charaktereigenschaften und mit der Befähigung leitender Personen im Verbands befaßt, irgendeine Bedeutung nicht beizumessen ist“, so kann das nur ein Treffer als nichtslagend oder als Stellungnahme gegen den Verbandsvorstand bezeichnen. Von Berlin berichtet er nach dem „Korr.“ über die harte Verurteilung der Reghäuserischen Dokumente durch den Gausvorstand, welcher die Verurteilungen beifolgt — Monsieur Treffer hätte nur dabei sein sollen! — aber er münzte trotzdem diese Stellungnahme nach seinem Gusto um und will nun trotzdem nichts behaupten haben, was sich nicht beweisen lasse. Ja, wo bleiben nach der auch jetzt noch vom „Typ.“ aufrechterhaltenen „Feststellung“, daß nur 7000 Mitglieder des Verbandes auf die Seite der Organisationsleitung getreten wären, denn da die 12000 Berliner? Die hat man eben zu den Stellungnahmen gegen die angegriffenen Personen geschlagen und „beweis“ zu alledem noch, daß von Falschmünzerei keine Rede sein kann. Man sieht auch hier wieder, daß die Beweisführung des „Typ.“ darin besteht, einen mühelos widerlegten Schwindel durch Wiederauflage noch zu übertrumpfen.

Mit der Zahl der Stellungnehmenden Mitgliedschaften verfährt der „Typ.“ nach dem gleichen System. Erst waren es 102, dann, nachdem wir seinem ersuchtesten Geiste bedenkten, daß es durch die Bezirksversammlungen 269 Mitgliedschaften wären, die durch weitere Stellungnahmen in den letzten Tagen des Aprils auf über 300 anwuchsen — inzwischen sind noch weitere hinzugekommen —, erklärt er mit dem ihm eignen komischen Ernste, rund 250 Mitgliedschaften hätten sich dennoch ausgeföhrt. Es ist auch großartig, wie der „Typ.“ in aller Seelenruhe die einzelnen Ortsvereine mit „ein, zwei und drei Mitgliedern“ auf den Bezirksversammlungen vertreten sein läßt. Solch starke „Mitgliedschaften“ und Vertretungen mögen auf den bündlerischen Bezirks- oder Kreisversammlungen wohl die Regel sein, hat man doch erfahren, daß die „feinen“ Ortsvereine zuweilen aus drei Mann bestehen, die in drei verschiedenen, oft eine kleine Lagerreihe voneinander entfernten Druckorten konfitionieren, im Verband aber sieht es denn doch etwas anders aus. Geradezu kindisch ist indes, jedoch einem Treffer ganz

gleichschend, zu erwarten, daß sämtliche 550 Mitgliedschaften vor ihm die Deklaration anzutreten hätten, bis er gerufen würde, anzuerkennen, daß des Bundes große Spekulation ein greulicher Mißbrauch geworden ist. Eine Stellungnahme sämtlicher Mitgliedschaften im Verbandsrat hat es noch bei keiner Gelegenheit gegeben und wird es auch nie geben. In diesem Falle hat es für die andern mit dem Urteile der stark überwiegenen Mehrheit im Verband erst recht kein Bewenden gehabt. Wenn der „Tpp.“ aus diesem stillschweigenden Verdikt für seine durchsichtigen Pläne Kapital schlagen will, so möge zur Erbauung seines lammesgeduldigen Publikums diese Fasshinnerei nur betriebsam fortgesetzt werden. Andre Leute schütteln sich vor Lachen darüber, was wir eben so vergnüglich in diversen Schreibern lesen konnten aus Orien, die der gottswolle Tressert zu vermessen glaubte.

Höflich über alle Maßen ist auch die durch Sperrdruck hervorgehobene Behauptung, daß unter den 250 „Schweigenden“ Mitgliedschaften sich die größten befänden. Da müssen wir denn, um die Orientierung in unserer Organisation nicht zu verlieren, den allwissenden Tressert einmal fragen, ob Berlin, Breslau, Stuttgart, Köln, Düsseldorf, Dresden, Dortmund, Essen, Bochum, Bremen, Hannover, Halle a. S., Freiburg i. Br., Königsberg, Kiel, Stettin, Weimar, Würzburg, Altona, Flensburg, Schwerin, Posen, Bielefeld, Hagen, Hildesheim, Göttingen, Götting, Potsdam, Plauen i. V., Regensburg, Zwickau, Danzig denn die kleinsten Mitgliedschaften im Verbandsrat darstellen? Wenn nach des „Tpp.“ Meinung (Nr. 17) Gießen, Koblenz, M.Glabbad, Wiesbaden, Barmen usw. zu den größten Ortsvereinen im Verbandsrat zählen, dann die von uns aufgeführten doch wohl nicht minder bzw. erst recht. Es ist einfach zum Aufschlag, wie der „Tpp.“ alles auf den Kopf stellt. Man möchte fast Respekt bekommen vor solch einem Schwindlergenie.

Die Übertreibungen zum Gutenbergsbund aus Anlaß der „Einführungen“ in den Dokumenten erhöhen sich „natürlich“ mit jeder Nummer automatisch. Aber wenn hier der Schwindler noch plumper sein würde, imponieren könnte uns kein Zahlenhumistisches, denn was schließlich aus beglücktem Grunde dem Gutenbergsbund zugefallen sein mag, es bleibt eine total verkehrte Spekulation. Die heiligste, unverantwortlich kostspielige Agitation, die dieserhalb vom Gutenbergsbund entfaltet wurde, war auf ganz andre Ergebnisse eingestell. Sollte man dieses klägliche Resultat voraussehen können, die wüste Hege gegen den Verband würde zwar nicht ausbleiben sein, aber es wäre gewiß nicht so unglücklich das Geld durchs Fenster hinausgeworfen worden.

Falschmünzerei soll nun die Gefahren des internationalen Gutenbergsbundes über den klaffenden Reifstich ihrer patentierten Leistung trösten. Damit dieser die Jüchling der Dummheit in Reinkultur aber doch nicht restlos glückt und auch um andern Kreisen diese wahrheitsstriefenden Leuten in ihrem Elemente zu zeigen, sind wir hier nochmals auf ihre größte Agitationsniederlage eingegangen.

Denunzierer ist ein andres Meßer, in dem sich der Gutenbergsbund wie in einer Kardinalstange übt. Impersichtlichkeit kann man ihn auch hier nicht nachsagen, und bei seiner großen Schwärmerie für die Gleichberechtigung hat es bei ihm bis Ende vergangenen Jahres gar nichts ausgemacht — vielleicht in Zukunft wiederum nicht —, ob der Verband, die Tarifgemeinschaft oder führende Personen derselben bei irgendeiner Stelle, von der man sich Einfluß oder Einwirkung verspricht, angeschwärzt wurden. Dem Gutenbergsbund ist sogar von der „Zeitschrift“ dieses nicht sehr ehrliche Geschäft im vergangenen Jahre recht eindeutig zu Gemüte geführt worden.

Momentan ist unser Verband allein das leiden sollende Objekt dieser Gesellschaft von unbefränkter Schrupflosigkeit. Nach dem vorausgehenden Gesagten könnte es fast erklärlich scheinen, daß man einen Verzweiflungsversuch unternimmt, den mit der Reghäuser-Vohle-Broschüre total verfahrenen Agitationskarren wieder stoff zu machen. Wenn da nun das stark abgegriffene Mittel des faulen Neutralitätszaubers daran glauben muß, so könnte ja angenommen werden, daß die sich im Schwindeln kaum noch auskennende Bundesregierung mit ihrem Falsch in die Hände.

Der Bund der Harmlosen begnügt sich diesmal aber nicht mit dem schon gewohnten Niederträchtigkeit. Was er da neu erfand — uns am 8. Mai direkt ausgegangen — auf 12 Seiten Großoktav unter dem sich durch Gedankenscharbeit nicht sonderlich auszeichnenden Titel:

Buchdrucker!

Hört die Wahrheit!

Follegen!

„Der Verband der Deutschen Buchdrucker ist neutral!“

in die Hände hinausendend, ist nicht das bekannte alberne Gewäsch über die angeblich mangelnde Neutralität, worüber der Gutenbergsbund, der wie jede christliche Organisation eine ausgesprochene Zentrums-gewerkschaft ist, der unerkennteste Staatsanwalt wäre, sondern es ist weit mehr, und das zwar die denkbar schäblichste Denunziation des Verbandes als „sozialdemokratische Organisation“. Angesichts des vom Berliner Polizeipräsidenten jedenfalls nicht von ohngefähr aufgelaufenen Versuchballons der Politisch-

erklärung der freien Gewerkschaften scheint dieses Pamphlet mit voller Absicht zu denunziatorischen Zwecken bestimmt zu sein. Den Machern vom Bund ist ja alles und jedes, nur nichts Gutes zufrauen.

Das Unterfangen ist zwar wieder herlich dumm, verliert dadurch aber nicht an seinem gemeingefährlichen Charakter. In acht Heften, deren jede in knalliger Schrift die einzelnen sozialdemokratischen Abstemplungen unserer Organisation verkünden soll, sowie mit dem von der Hauptleitung des Deutschen Buchdruckervereins vorjährig so kräftig verurteilten Herausreizen aus dem Zusammenhang mit obliquier völliger Entstellung, ferner mittels einer Kronzeugenschaft von Sins und Kuns, die mit allem andern, nur nicht mit unserm Verband etwas zu tun hat, geht es unserer Organisation nun gründlich an den Kragen. Der Weisheit letzter Schluss ist nach alledem: „Der sozialdemokratische Charakter des Verbandes steht unwiderleglich fest!“ So fest wie ungefähr die hanebüchene Behauptungen über die Aufnahme der unruhlichen „Dokumente“ im Verbandsrat. . .

Dieser Aufgub aus foundso viel stark verschimmelten Lügenepisteln und Denunziationspamphleten über den Verband, nicht zuletzt aus dem verworrenen Geistesprodukt „Demaskiert“, das der unverdienten Ehre gewürdigt wird, bei den polizeilichen Akten in Berlin als Corpus delicti aufbewahrt zu werden, fällt auf den Müllhaufen zu fliegen, stellt das äußerlich wie inhaltlich rohste Zeug dar, was uns jemals vom Bund in die Hände gekommen ist. Wenn ein Vorsteher sich in dem ja niemals allzu sauberen Puhle seiner Behauptung vor Vergnügen wälzt, so ist das noch ein lächerlicher Anblick gegen diese Schlammwühlerei. Das alles geschieht, um zuguterlet für den Übertritt in den Gutenbergsbund schen zu gehen. Man spielt wieder auf das konfessionelle Gebiet an, ohne zu merken, daß der behaupteten eignen Neutralität damit ein derber Stoß versetzt wird. Die Mache ist so entsetzlich plump, daß jeder Mensch mit einigem Auslandsgefühl diesen Wisch mit Eckel aus der Hand legt.

Das neue Pamphlet kann dem Mitgliederfang aber nur Scheinbar dienen, sein Zuhilfenahme ist zu grob. Es muß sozialen höheren Zwecken dienlich sein. Diese können nur die Denunziation des Verbandes als sozialdemokratische Organisation sein. Wie die Konfessionsbroschüre „Demaskiert“ den Weg zum Alexanderplatz in Berlin gefunden hat, so wird dieser Sudelet die Erreichung ihrer Zielrichtung auch nicht zu schwer gemacht werden. Wo ein Wille, da findet sich auch immer ein Weg!

Am 1. Mai brachte der „Tpp.“ einen vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ausgehenden Aufruf an die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands. Was darin über den Kampf um das Koalitionsrecht der Arbeiter, über Koalitionszwang und -vergehen, das Verlangen nach mehr Arbeitswilligen, über das Verhalten der Polizei bei Arbeitskämpfen, das beabsichtigte Streikpostenverbot, über die Rechtsprechung bei Streikvergehen und den Vorstoß aller Gewerkschaftsfeinde sowie die Willfährigkeit der preußischen Regierung den hochmögenden Scharfmachern gegenüber, die nicht zuletzt damit das weitere Vordringen der Tarifverträge aufhalten wollen, gesagt ist und welche Sprache in diesem entschiedenen Appelle geführt wird, das mußte auch in den Kreisen der übrigen Arbeiterschaft Anklang finden. Der „Korr.“ hat denn auch in Nr. 51 seine Befriedigung über die öffentliche Kundgebung ausgesprochen, aber gleichzeitig Bedenken geäußert, ob es denn auch der Leistung der christlichen Gewerkschaften wirklich Ernst mit dieser scharfen Stellungnahme gegen die Koalitionsrechts- und Gewerkschaftsfeinde sei. Was war durchaus angebracht. Generalissimus Stegerwald hat sehr bald darauf — am 3. Mai — in Alsfalshausburg — eine wüßende Hezrede gegen die freien Gewerkschaften gehalten: „Die Stunde ist gekommen, daß wir zum Angriff übergehen“, lautet die von ihm bei dieser Gelegenheit ausgegebene Parole. In dieser ernsten Zeit für die Gewerkschaften wird also gegen deren weltwärts stärkste Gruppe der „heilige Krieg“ gepredigt, zum größten Vergnügen der Reaktion, gegen deren Verruchtselken man soeben noch laut donnerte. Wie sie bei wirtschaftlichen Kämpfen immer unsichere Kantonten sind, so wollen die Christlichen auch hier ihren Kraftworten keine Taten folgen lassen. Im Gegenteil, sie stellen sich mit den von ihnen scharf gekennzeichneten reaktionären Mächten in eine Front und bekämpfen die Arbeiterschaft, gegen die sich der ganze Vorstoß in erster Linie richtet. Und warum? Weil sie sich sagen, nach den eignen Worten gehandelt, könnte man auch unter die Räder kommen. Die von sich behauptete Neutralität würde ihnen nicht mehr geglaubt werden, da ja jedwede ernsthafte gewerkschaftliche Betätigung heutzutage als politische Handlung angekreidet wird. Deshalb wurde ein hohles Schauspiel aufgeführt, um ungestört die eignen krummen Wege weiterzugehen.

Der Gutenbergsbund aber sucht wie üblich die großen Geister von Köln noch zu übertrumpfen. Den von der preußischen Regierung inszenierten Handstreich gegen die Gewerkschaften, den nominell Herr v. Jagow einstweilen deckt, frustifiziert er zu einer traurigen Seldatation gegen den Verband. Seine Zeitung schreckt vor nichts zurück; ihr fällt es am allerwenigsten ein, auch nur etwas im

Sinne des Im „Tpp.“ bombastisch abgedruckten Sammelrufs gegen die verfliegene reaktionären Bestrebungen zu handeln. Davon zeugt nicht nur die infame neue Festungschrift, sondern in fast jeder Nummer des „Tpp.“ sieht man das Geschäft der politischen Denunziation verrichtet.

Wir wissen wohl, daß diese Leute komplexe Witzköpfe sind, aber es gibt harmlose und gemeingefährliche Konfusionsräte. Die „Größen“ des Bundes gehören zur letzteren Kategorie und in dieser wieder zu den schlimmsten Demagogen. Lesen müssen diese Spiegelbilder der Reaktion doch schließlich können, und da sollten sie denn auch wissen, daß die Beweggründe des Berliner Polizeipräsidenten für sein Vorgehen im schroffen Widerspruch stehen zu den Erklärungen, die der jetzige Reichskanzler bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes hinsichtlich der Gewerkschaften gegeben hat. Nach Behrmann Holtwegs Argumenten können die Gewerkschaften gar nicht als politische Vereine behandelt werden. Was die preußische Regierung jetzt unternommen hat, ist eine so gründliche Desavouierung ihres Präsidenten, daß man schier die Sprache darob verliert.

Wenn es nach diesen Deduktionen gehen sollte, dann würde jede ernsthafte Wahrnehmung der Arbeiterinteressen — wenn sich der Gutenbergsbund dazu aufschwingen könnte, auch seine Betätigung — eine politische Handlung sein. Das Reichsgericht hat aber schon vor 22 Jahren in einem Prozesse, der zur Politischerklärung des Bergarbeiterverbandes angestrengt war, ausgesprochen, daß davon keine Rede sein könne. Es heißt zur Begründung des Freispruchs:

Die Arbeitsverträge zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitern unterliegen der freien Vereinbarung der Vertragsschließenden, gehören dem Privatrecht und nicht der Politik an. Daß diese Verträge unter Umständen in ihren Satzungen, ihren sozialökonomischen Wirkungen oder in den Konflikten, die sie erzeugen, strafrechtliche, öffentlich-rechtliche, sozialpolitische oder rein politische Bedeutung erlangen können, ist unbestreitbar. Das gleiche läßt sich von jedem Vorgange des privaten Lebens und jedem privatrechtlichen Verhältnisse behaupten. Die Methode der von der Vorinstanz vertretenen Gesetzesauslegung führt aber direkt dahin, mit einem Schlage jeden Gewerks- oder Gewerksverein, jede Verbindung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, jeden auf Organisation eines Arbeiterausstandes berechneten Verband und umgekehrt auch jeden ähnlichen Verband von Arbeitsgebern den Beschränkungen des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes (über politische Vereine) ohne weiteres unterzuordnen. Wie damit die in der Gewerbeordnung gewährte freie gewerbliche Koalitionsfreiheit noch verträglich sein soll, bleibt unerfindlich.

Für den Gutenbergsbund ist das aber nicht unerfindlich; er weiß es besser, besser vielleicht noch als der auf recht eigenartige Weise sich berühmt machende Berliner Polizeipräsident. Diesen hat vor einigen Wochen der Berliner „Vorwärts“ einmal köstlich persifliert, indem man ihn mit einem Polizeirat konferieren läßt, der Versammlungsanmeldungen vorlegt von einem nach allgemeiner Ansicht ausgesprochen politischen Verein und einem Arbeiterportverein. Es entspinnt sich da folgender hübscher Dialog:

Der Polizeirat: Ferner der Bund der Landwirte — Der Präsident: Rein beruflicher Verein. — Thema? Der Polizeirat: „Ser mit dem Gemüßesoll!“

Der Präsident: Sie sehen — ein rein gärtnerisches Thema.

Der Polizeirat: Allerdings — Soll??

Der Präsident: Aber Sie nehmen doch nicht etwa an, daß diese jeder Politik ganz fernstehenden brauen Leute sich etwa mit den staatlichen Zöllen beschäftigen wollen?! Es dürfte sich um die Forderung handeln, daß das Gemüße nicht mehr nach Pfunden, Köpfen usw., sondern nach dem Zoll gemessen werden soll — etwas altertümliche Bezeichnung für Zentimeter, wissen Sie. Selbstverständlich genehmigt! — Noch was?

Der Polizeirat: Schließlich ist da noch ein Arbeiterportverein mit dem Thema „Auder oder Rad“, wogegen wohl nichts zu erinnern wäre.

Der Präsident: Waas?! Das wäre ja noch schöner! Aber Mann Gottes! Erkennen Sie denn nicht, wie uns diese geriebenen roten Brüder hinteres Licht führen wollen? Ruder! Sie wissen doch: „Die Männer am Ruder!“ „Das Ruder in der Hand behalten!“ — und wie diese revolutionären Wendungen alle heißen! Und „Rad“? Das „Rad der Weltgeschichte“, das auch über Könige hinweggeht! Kennen wir! Kennen wir! Me! Me! Auf den Leim kriechen wir nicht! Ich werde diesen Sozias zeigen, wie man Ordnung hält! „Rad und Ruder!“ Das Thema ist hochpolitisch! Ich verweigere die Genehmigung.

Wirf man einen Blick in die Broschüre des Jugendbundes und vergegenwärtigt man sich, wie auch sonst von ihm die Verdrehung klarer Begriffe meisterlich gelöst wird, dann wird bei diesen Leuten zur Tatsache, was in erwähnter Mauderei nur köstliche Satire ist.

Seine „positive gewerkschaftliche“ Arbeit am Hand der Broschüre und andern Vorgängen genauer zu „würdigen“, soll einem Schlussartikel vorbehalten bleiben. Die Abneigung gegen den Bund wie der Absicht gegen diese mit allen Mitteln der Berunglimpfung und Verdächtigung arbeitenden Leuten wird dann noch allgemeiner werden und selbst wohl da abdrängen, wo man, allerdings lediglich berechnenderweise, glaubt, den Schild über sie halten zu müssen.

Der Polizeikampf gegen die Gewerkschaften und die vom Staatssekretär Delbrück im Reichstage geforderte „sozialpolitische Verdauungspause“ haben recht bemerkenswerte Kundgebungen ausgelöst. Den Scharfmacherorganen vom Schlage der „Deutschen Arbeitszeitung“ genügt es natürlich noch nicht, daß die Gewerkschaften als politische Vereine abgestempelt und dem Vereinsgesetz unterstellt werden. Obwohl die vom Ministerium des Innern an die Oberpräsidenten erlassene Verfügung zur verschärfen Überwachung des Streikpostenfensches als erfreuliches Anzeichen von ihr eingeschätzt wird, sieht die „Arbeitszeitung“ doch den Moment herbei, wo die Gewerkschaften mit eiserner Faust unterdrückt werden: „Es fehlt noch das unumwundene Geständnis des Staates zu der Verpflichtung, im Augenblicke der dringenden Gefahr zwecks gründlicher Bekämpfung des Feuers den Brandherd selbst unter Wasser zu setzen.“ Ob diese Herren denn wirklich glauben, der in der deutschen Gewerkschaftsbewegung lebendige Geist könnte mit Hilfe der Feuerspritze beiseite gewaschen werden? Nach den Tiraden des Dr. Felix Kauf zu urteilen, die er der Reichstag seiner unter der Überschrift „Gewalt und Brutalität“ erscheinenden Zeitung allwöchentlich vorsetzt, scheint man tatsächlich diesem törichten Wahn in Arbeitsgeheimnissen verfallen zu sein. Freilich läßt sich nicht bestreiten, daß die unerhörten ministeriellen und polizeilichen Eingriffe der jüngsten Zeit in die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse die Scharfmacherhoffnungen neu befruchtet haben. Alle Anzeichen sprechen sogar dafür, daß es sich bei dem neuerdings betriebenen Verhale, die freien Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären, um eine langvorbereitete einheitsliche Aktion handelt. Die „Difseezeitung“ brachte darüber kürzlich folgende Mitteilungen:

Es schweben zwischen mehreren Bundesstaaten Verhandlungen auf Grund der letzten gerichtlichen Urteilsfeststellung über den politischen Charakter des Bergarbeiterverbandes, nach dem preußischen Vorgange die Stellung der freien Gewerkschaften unter das Reichsvereinsgesetz herbeizuführen. Schon in aller Kürze wird, sobald der Einpruch der Berliner Gewerkschaften gegen die polizeiliche Verfügung des Herrn v. Jagow seine Erledigung gefunden haben wird, auch in den außerpreußischen Bundesstaaten die Behandlung der freien Gewerkschaften als politische Vereine in Kraft treten.

Unter diesen Umständen war es notwendig, daß die von der mißbräuchlichen Anwendung des Reichsvereinsgesetzes durch die Polizei zunächst betroffenen Vertreter der Berliner Gewerkschaften sich am 6. Mai zu einem gewaltigen Massenproteste aufzufanden. Die dazu eingeladenen etwa 5000 Gewerkschaftsfunktionäre füllten den großen Saal der „Neuen Welt“ bis auf den letzten Platz. Das Referat hatte Reichstagsabgeordneter Wolfgang Seine übernommen. Aus keinem „Archiv der Niedertracht“, welcher sarkastische Zitel seiner reichhaltigen Sammlung von Gerichtsurteilen verlesen wurde, die gegen organisierte Arbeiter und ihre Gewerkschaften ergingen, holte er einige Fälle der ärgsten Schikanen und Drangsalierungen hervor. Manches davon war den in der Gewerkschaftsbewegung Tätigen gewiß schon bekannt, aber auch manch Neues und Empörendes wußte der Referent mitzuteilen. Zweipolstige Beurteilungen des gleichen Vergehens, je nachdem ein Arbeiter oder Arbeitgeber, Gewerkschaftler oder Selber, Sozialdemokrat oder Christlicher vor dem Gerichte stand, wurden hier von einem aus reicher praktischer Erfahrung sprechenden Juristen trefflich beleuchtet. Aber auch einige neuere juristische Auslegungen, namentlich auf dem Gebiete des Arbeitswilligenstrafes, regten an zu Betrachtungen über die Unparteilichkeit der Götter Gerechtigkeit, vor der bekanntlich alle Staatsbürger gleich sein sollen. Spontanen Beifall löste keineswegs Anspruch aus, daß dasselbe Gericht, von dem der Müller von Sanssouci hoffte, daß es vor dem Könige nicht kapitulieren würde, heute vor Seiner Majestät dem Schutzmänner kapituliere. Und die Allmacht des Schutzmannes entsetzte, ob der Streikposten in menschenleerer Straße ein Verkehrsbehindernis bilde, ohne daß das Gericht eine Zauberprüfung vornehme. In kurzem historischen Abriss über die Geschichte des Koalitionsrechts in Deutschland und der seit Anbeginn seines Bestehens geführten Kämpfe um seine Erhaltung und Verbesserung, aber auch um Verschlechterung kam so manche Episode kleinlicher Niedertracht und offener Rechtsverdrehungen gewerkschaftlicher Gegner, aber auch solcher energischen Widerstandes der Arbeiterorganisationen in Erinnerung. Ein Hohngelächter löste dabei die vom Referenten älteren Worte des Staatssekretärs bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes aus, der im Reichstage meinte: „Saben Sie doch Vertrauen zur Regierung, die Politik kleinlicher Radikalität legt der Regierung fern.“ Seine meinte, er habe damals schon an eine liberale Anwendung des Gesetzes gegen die Arbeitervereine nicht geglaubt. Seine Voraussetzungen und Voraussetzungen aber seien bei weitem übertroffen worden; er müsse den Gegnern das Kompliment machen, daß sie sich in Mißbrauche des Gesetzes noch erheblich geschickter gezeigt hätten, als er ihnen zugekraut habe. Wenn Seine mit Bezug auf die jetzigen Politikerkundungen sagte, daß sie juristisch falsch seien, daß die von den Behörden angeführten Gründe wohlfeil wie Brombeeren wären und die ganze Aktion gegen die Gewerkschaften vom Saune gebrochen wurde, so sprach er damit das in jedem der Anwesenden gewiß Selbstempfinden aus. Seine wies an Beispielen nach; wie geradezu unmöglich es ist, auch in dem politisch neutralsten Vereine sich ängstlich von jeder Erörterung politischer Fragen fernzuhalten. Selbst der Bogelschutzverein beschäftigte sich mit Politik, wenn er in Eingaben an den Reichstag die Abschaffung von Paradiesvögeln be-

hindert wissen will. Die Gewerkschaften aber würden ihre Pflicht vernachlässigen, wenn sie achtlos an der Gesetzgebung vorbeigingen. Solche gelegentlichen, aus dem Zwange geborenen Beschäftigungen mit politischen Fragen machen aber — selbst nach früher gegebenem Auspruch des Staatssekretärs — einen Verein noch nicht zu einem politischen. Doch diese ganzen Maßnahmen zielen in der Hauptsache auf die Entfernung der Jugendlichen aus den Gewerkschaften ab. Der Jungdeutschlandbund freibe unter der Leitung von Beamten und Behörden offenbar Politik. Die Gewerkschaften aber wollen man verhindern, für einen technisch gut ausgebildeten gewerblichen Nachwuchs zu sorgen. Das sei Gerechtigkeit in Deutschland! Am den neuen Schlag gegen die Gewerkschaften zu parieren, müßten die Gewerkschaften ein planmäßiges Vorgehen gegen ihre Gegner vorbereiten. Der Kleinkampf in unfaßlicher Weise müßte beginnen. Durch rücksichtslose Wobstellung der fähigen Verträge der Gegner gegen das Gesetz müßten die Befürworter der schikanösen Anwendung des Reichsvereinsgesetzes gegen die Arbeiter sich in ihrer eignen Schlinge fangen. Ein geschlossenes Vorgehen aller Gewerkschaftsmitglieder ohne Unterschied der Richtung habe irrtümlich reaktionäre Maßnahmen schon mit Erfolg abgelehnt. Auch diesmal gelte es, den gegen die Gewerkschaften geführten Schlag zu parieren durch einen Gegenanschlag: Verdoppelung der Mitgliederzahl. Je stärker die Organisation, um so größer ihre Macht. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte die einstimmige Annahme folgender Resolution:

Die am 6. Mai 1914 in der „Neuen Welt“ versammelten Funktionäre der Zentralgewerkschaften Berlins erheben Protest gegen die Vergewaltigung der für ihre wirtschaftlichen Rechte kämpfenden Arbeiterkraft durch Verkehr und ungerechte Anwendung der Gesetze und fordern die gesamte Öffentlichkeit auf, ihnen im Kampfe um Recht und Wahrheit beizustehen.

Die Versammelten protestieren auf das energischste gegen die polizeilichen Maßnahmen, die Gewerkschaften als politische Vereine zu erklären. Sie ersuchen die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die nötigen Schritte zu einer planmäßigen Abwehr dieser Unterdrückung und zum Angriffskampf für die freie gewerkschaftliche Betätigung der organisierten Arbeiterschaft zu tun.

Die imposante Kundgebung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre hat gezeigt, daß die Gewerkschaften gewillt sind, den Kampf gegen ihre Verfolger entschlossen aufzunehmen.

Noch eine andre bedeutungsvolle Tagung hat in der Vorwoche in Berlin stattgefunden: die Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. Das Bemerkenswerteste an der von dieser Vereinigung veranstalteten großen Kundgebung für die Fortführung der staatlichen Sozialreform wurde in der Presse mit Recht in dem Umstande erblickt — daß sie überhaupt nötig war! Die Widerstände gegen die Sozialreform haben sich in letzter Zeit häßlich gemehrt. Kein Geringerer als der Leiter der deutschen Sozialpolitik, Staatssekretär Dr. Delbrück, selbst hat im Reichstage eine sozialpolitische Verdauungspause gefordert, damit Industrie, Handel und Gewerbe sich von den sozialreformmerlichen „Lasten“ erholen können, die der alte Reichstag diesen Berufsständen aufgebürdet habe. Angesichts der sozialpolitischen Unzufriedenheit der letzten Jahre wurde dieses unverständliche Verlangen bereits im Reichstage kräftig zurückgewiesen. Aber in Rücksicht auf die immer zuzunehmende aufstrebenden Gegner der Sozialpolitik (z. B. der Herren von der Schwerindustrie in der 3. B. der Herren von der Bergbauindustrie) mußte auch außerhalb des Parlamentes etwas geschehen, um die Reaktion in ihre Schranken zurückzuweisen.

Zu der am Sonnabend, dem 9. Mai, abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform waren zahlreiche Delegierte und Delegierten aus allen Teilen des Reichs erschienen, außerdem Reichs- und Landtagsabgeordnete aller Parteien. Die Verhandlungen wurden von dem früheren Staatsminister v. Berlepsch geleitet. Professor Dr. Kehler (Genoa) hielt ein Referat über das Koalitionsrecht, in dem er zunächst hinwies auf die sozialpolitische Mäßigkeit, die überall herrsche, nur auf dem Gebiete des Koalitionsrechts nicht. Auf der einen Seite rufe man nach mehr Freiheit für die Koalitionen und auf der andern Seite nach weniger Koalitionszwang. Auf der einen Seite erwarte man eine Förderung des Wirtschaftslebens von einer Verstärkung der Koalitionsfreiheit, auf der andern Seite bekämpfe man diese vergrößerte Freiheit mit Bestürzungen für die Fortentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Meist denke man immer nur an das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten und nicht an das Koalitionsrecht der Unternehmer, obgleich keine Rechtslage die gleiche ist wie die Rechtslage des Koalitionsrechts der Arbeiter. Die Machtstellung des Unternehmertums sei eben eine andre. Auch sei nicht zu bestreiten, daß das Verhalten von Justiz und Verwaltung zu den Arbeitgeberverbänden durchaus anders ist wie das Verhalten zu den Koalitionen der Arbeiter und Angestellten. Die Grundlage des gewerblichen Koalitionsrechts, die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, seien trotz ihres offensichtlichen Übergangscharakters von den vielfachen Änderungen der Gewerbeordnung unberührt geblieben. „Die deutschen Gewerkschaften“, so fuhr Professor Dr. Kehler würdevoll fort, „umfassen heute fast vier Millionen Mitglieder. Sie sind weit über die Grenzen Deutschlands hinaus vorbildlich geworden durch die Straffheit ihres Aufbaues, durch die Gewissenhaftigkeit ihrer Verwaltung, durch die unermüdbare Tätigkeit in der Fürsorge für ihre Mitglieder, durch die Erziehung ihrer Mitglieder auch auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Verpflichtungen. Sie haben die deutschen Arbeiter bewahrt vor

dem Syndikallismus, den wir in Frankreich sehen, sie haben das deutsche Gewerbe bewahrt vor dem Anflug der Sabotage und der direkten Aktion. Sie haben in Deutschland das beste Tarifwesen der Welt ausgebildet. Sie haben eine Kulturarbeit ersten Ranges geleistet und leisten sie, ohne daß ihnen jemand dafür dankt. Und trotzdem schweben sie rechtlich in der Luft, sie stehen rechtlich schlechter als jeder kleine Knecht- oder Bergknigungsverein! Sie werden von der Rechtsprechung — vorsichtig gesagt — hart angefaßt. Denken Sie nur an die Verurteile, diese Organisatoren der deutschen Arbeiterschaft unter den Sprengungsparagrafen zu bringen. Sie werden von der Verwaltung schikanieren. Sie werden von den mächtigsten Unternehmerverbänden verfolgt. Sie werden in ihrer Arbeit gehindert durch die künstliche Züchtung von gelben Gewerkschaften, über deren Existenzberechtigung sich streiten ließe, wenn sie überall ohne die Hilfe der Unternehmer entständen. Angesichts dieser Bedeutung der Koalitionen für unser ganzes Volks-, Wirtschafts- und Kulturleben und dieser traurigen Stellung, die sie in der Rechtsprechung und der Verwaltung gegenüber der Unternehmerschaft tatsächlich haben, braucht man sich nicht zu wundern, wenn im Lager dieser Gewerkschaften radikale Stimmungen und radikale Töne aufstehen. Man sollte sich auch nicht wundern darüber, daß die schlichten Glieder der großen Bewegung unter Umständen bei Erregung im Einzelfall Exzesse begehen, die die Führer nicht billigen. Ich glaube, daß die Behörden, die diese Koalitionen in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigen, sowohl gegen das Interesse des Staates wie gegen das Interesse der Industrie handeln. Ein Staat, der eine organisiert gelederte Bürgerschaft und keinen amotierten Haufen von Steuerzahlern haben will; ein Gewerbe, das eine disziplinierte Arbeiterschaft haben will, sollten eigentlich an starken Verbänden interessiert sein. Aber es scheint, als ob man sich nicht dazu entschließen könnte, diesen starken Verbänden eine feste Grundlage zu geben. Die Gesetzgebung muß ein Arbeitsrecht schaffen und dazu gehören auch Bestimmungen über das Koalitionsrecht, das ohne Zwang nicht möglich ist und der bei den Gewerkschaften ein Minderpiel ist gegenüber dem Zwange, den die Unternehmer ausüben. Die Strafbestimmungen im § 153 dürfen nicht aufrechterhalten werden. Dann muß für die Koalitionen selbst mehr Freiheit geschaffen werden.“

Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen des Jenerer Gelehrten, die hier natürlich nur in knappen Auszügen wiedergegeben werden konnten. In der Debatte sprach zunächst Schweiher vom Bunde der technisch-industriellen Beamten, der sich im wesentlichen den Ausführungen des Referenten angeschlossen. Darauf folgte Professor Dr. Hans Delbrück (Berlin), der es für angebracht hielt, eine Lanze für die Selben zu brechen. Er sehe in den starken Arbeiterkoalitionen eine Gefahr für das Wirtschaftsleben, da dadurch der Terrorismus sehr fühlbar werden könnte. Die gelben Gewerkschaften seien nicht für die Zukunft berechnete; immerhin lie ihre Existenz zu begründen, da dadurch das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer noch aufrechterhalten werde. Wenn diese Aufrechterhaltung auch nicht für alle Zeiten bestehen könne, so sei doch eine Vielgestaltigkeit der Arbeiterorganisationen notwendig, um den Terrorismus der Arbeiter nicht erstarken zu lassen und um unnötige Streits, die das wirtschaftliche Leben gefährden, abzuwehren. Es sei falsch, wenn Professor Kehler sage, das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter müsse derartig gestaltet werden wie zwischen dem Mieter und Vermieter. Auch zwischen diesen bestehe zum Teile noch das patriarchalische Verhältnis; es gebe noch Vermieter, die sich schämen, alle Mieter zu feuern. Daß diese von einer ziemlichen Wellfremdheit zeugenden Ausführungen eines Professors der Geschichte lebhaften Widerspruch und energische Zurückweisung erliefen, ist selbstverständlich. Namentlich verdienen die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt Erwähnung, der die professionellen Deduktionen Dr. Delbrücks als rein theoretisch bezeichnete. Es sei in keiner Weise bewiesen, daß durch die großen Koalitionen der Terrorismus gefördert werde, im Gegenteil; das müsse ein Professor der Geschichte wissen. In England herrsche großer Terrorismus, solange dort die Arbeiter unter Ausnahmegeetzen ständen. Das änderte sich, sobald den englischen Gewerkschaften ihr Recht wurde. Die großen Koalitionen seien nur geeignet, den Streit zu verhindern, das sei z. B. der Fall bei den Buchdruckern, der stärksten Organisation gewerkschaftlicher Art. Wenn die Arbeiter einen höheren Lohn und bessere sanitäre Einrichtungen forderten, so sei das eine Kulturforderung. Dagegen bestehe gerade bei den Unternehmern eine Organisation, die darauf abziele, den wirtschaftlichen Frieden zu stören. Das seien die Syndikate. Daher der große Kampf zwischen den Industrien der fertigen Fabrikate und der Rohprodukte. Wenn die Kosten um eine Mark Feuer würden, so sei das ein fürchterlicher wirtschaftlicher Schaden für die Allgemeinheit und für die Industrie; wenn dagegen der Arbeiter nur einen Pfennig Lohn mehr erhalte, so komme das der ganzen Kultur zugute.

Von den sonstigen Diskussionsrednern seien nur die Ausführungen von Sobisch (Berlin) vom Bunde der technisch-industriellen Beamten noch gestreift. Er wünschte lebhaft die Verlebung der Rechtsfähigkeit an die Korporationen. Unter den heutigen Strömungen könnte ein derartiges Gele jedoch einen reaktionären Charakter erhalten, was zum Schaden der Angestellten und Arbeiter sei. In seinem Schlussworte verpflichtete Professor Dr. Kehler diesen Ausführungen bei. Er bezeichnete es ferner als erfreulich, daß Dr. Delbrück das Wort genommen habe. Dies habe zu mancher Anregung Veranlassung gegeben. Durchschlagend für die Notwendigkeit und Gefährlichkeit großer

Koalitionen für das wirtschaftliche Leben sei, wie Ab- geordneter Robert Schmidt richtig ausführte, der Buch- druckerverband, der, obwohl mindestens 90 Proz. aller Buchdrucker dem Verband angehören, eine Organisation sei, die den wirtschaftlichen Frieden im Gewerbe seit vielen Jahren gewahrt habe. Die gelben Gewerkschaften werden sich vielleicht noch einige Zeit halten, da sie einmal von den Unternehmern gefördert und unterstützt werden; ander- seits gebe es immer noch Leute, die der Ansicht seien, es sei ihnen möglich, eine wirtschaftliche Selbständigkeit zu erlangen, wie ganz besonders bei den Bäckern und Fleckchern. Im übrigen habe die Erfahrung gelehrt, daß die großen Organisationen lediglich zur Förderung des wirtschaftlichen Friedens beitragen und die Streiks nach Möglichkeit verhüten. Es sei unmöglich angeht, der ungeheuren wirtschaftlichen Entwicklung, daß die Arbeiter den Unternehmern ohne Koalition gegenüberstehen.

Damit war der zweifelslos wichtigste Gegenstand auf der Tagesordnung der Generalversammlung der Sozial- reformer erledigt. Seine Behandlung erfolgte in wahrhaft freimüßiger und den Kern der Sache treffender Art.

Der Generalversammlung schloß sich am andern Tage (10. Mai) in der „Neuen Welt“, dem größten Versammlungslokale Berlins, eine öffentliche Kundgebung für die Fortführung der Sozialreform an. Als Haupt- redner kam hier Professor Dr. Ernst Brande, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, in Betracht. Wenn auch der äußere Ausbau der Versicherungsgesetzgebung abgeschlossen sei, bleibe ihr doch innerhalb noch genug zu tun übrig: ausgedehntere Selbstverwaltung, Herabsetzung des zum Rentenbezug berechtigten Alters von 70 auf 65 Jahre, höhere Witwen- und Waisenrenten. Die Ver- sicherung gegen Arbeitslosigkeit sei ein Feld, auf dem ein großer Staatsmann eine gewaltige Aufgabe zu erfüllen hätte; ferner wären der weitere Ausbau des Arbeiterschutzes und die Reform des Arbeitsrechts notwendig. Heute sei der Arbeiter noch mindern Rechts, nicht nur in der Gesetz- gebung selbst, sondern auch in der Handhabung der Gesehe. Die Arbeiterorganisationen würden für politische Vereine erklärt, dagegen bleibe den Verbindungen der Unternehmer dieses Schicksal erspart. Unter den sonst noch zu Worte gekommenen vielen Rednern seien neben Freiherrn von Berlepsch genannt Graf von Podawitz, Professor Schmoller, Ingenieur Schweizer, Geheimrat Dernburg. Alle erhoben angeht, der Fülle noch ungelöst oder kaum in Angriff genommener Aufgaben lebhaft Einspruch gegen die Stilllegung des sozialpolitischen Reformwerks in Deutschland.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften keinen Grund haben, die Unterfütterung ehrlicher Kampfgenossen zurückzulassen bei ihrem Ringen nach Gleichberechtigung und Besserstellung der Arbeiter. In einer Zeit, wo jeder aus der Arbeiterklasse kommende Protest als Abtreibung und Entstellung von Tatkraft demunziert wird, hat eine Unterfütterung, wie sie die Gesell- schaft für soziale Reform der Gewerkschaftsbewegung zu- teil werden läßt, sogar besondern Wert.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Bauhen. Am 29. Mai kann der seit 44 Jahren in der Monfchen Dfizin beschäftigte Kollege Bruno Voigt auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Zu Ehren des Jubilars veranstaltete der Ortsverein Bauhen am Sonnabend, dem 23. Mai, im Hotel „Goldener Löwe“ eine Feillichkeit. Bei dieser Gelegenheit soll ein weiterer Veteran der Arbeit, Kollege Ernst Kummer, geehrt werden; dieser begibt im Laufe des vergangenen Jahres sein 50jähriges Berufsjubiläum. Kollege Kummer hat fast seine gesamte Berufstätigkeit der Firma Schmalzer (wendische Drucker) gewidmet. Seit 25 Jahren fungiert er als Bilanzumsauszahler.

Berlin. (Maschinenmeister. — Vierteljahrs- bericht.) Einen erfreulichen Erfolg brachte uns das erste Viertel des neuen Geschäftsjahres; war es uns doch mög- lich, durch eine planmäßige Agitation in einer Anzahl Ver- ständlicher etwa 150 Mitglieder zu gewinnen, und hoffen wir, in Kürze auch die uns jetzt noch fernstehenden Druckerkollegen für die Sparte gewonnen zu haben. Des weitern können wir über einen erfreulichen Aufschwung des Verbandsbesuchs berichten; es scheint, als wenn die augenblickliche trostlose Lage des Berliner Arbeits- marktes den Kollegen die Erkenntnis beigebracht hat, daß es für jeden einzelnen dringend notwendig ist, sich fachtech- nisch weiterzubilden und auf der Höhe zu halten. — Die Vereinsversammlung am 9. Februar, die von etwa 500 Kollegen besucht war, hörte ein Referat des Kollegen Paul Fischer über „Das Welformat“. Redner verstand es vorzüglich, die Veranlassung die Bedeutung des Welformats für den Buchdrucker vor Augen zu führen, wobei ihm in wirksamer Weise das von der Münchner Gesell- schaft „Die Brüste“ gesandte Material zur Demonstration diente. Nach Besprechung einiger interner Angelegen- heiten wurden noch etwa 60 Alben mit Aufzügen der Sel- wover Papierfabrik, die uns dankenswerterweise von der Direktion zur Verfügung gestellt waren, an die Mitglieder verlost. — In der Versammlung am 10. März, die eben- falls gut besucht war, gestellte der Vorsitzende klar das wieder überaus üppig gestiegene Überflutungsweisen in einigen Berliner Druckerzeilen. Bei der fast kündenigen Zahl von 200 arbeitslosen Druckerkollegen ist es unbedingt not- wendig, daß alle durch den Tarif gegebenen Mittel benutzt werden, die Überfluten einzuführen und so einigen Kol- legen zur Arbeitsgelegenheit zu verhelfen. Eine besondere Bedeutung bekam die Versammlung dadurch, daß wir nach

langer Zeit wieder einmal unsern Gauvorsitzer Maxini als Referenten begrühen konnten. Als Thema hatte er sich gestellt: „Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlung“. In etwa einfündigen Ausführungen machte uns Redner mit der Entwicklung und der großen Bedeutung der Arbeits- nachweise für die Arbeiter bekannt. Aktuell ist die Frage dadurch geworden, daß gerade in letzter Zeit nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von den Kommunal- und Regierungsbehörden Versuche unternommen werden, den Arbeiterorganisationen jeden Einfluß auf die Arbeitsver- mittlung zu nehmen und sie so zu gestalten, daß sie bei Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern ein will- fähriges Instrument der Scharfmacher werden. Für wie wichtig die Reichsregierung diese Frage hält, ist daraus zu ersehen, daß bereits eine Bundesratsverordnung in Vor- bereitung ist, die wohl so manches Schlechte für uns bringen wird. Der reiche Beifall konnte dem Referenten ein Beweis dafür sein, wie interessiert die Kollegen seinen Ausführungen gefolgt waren. — Am 27. März fand eine Versammlung der Vertrauensmänner und Druckerhallerer der Maschinenzeile statt, in der Vorsitzender Schulze über die „Bugra“ referierte und zu recht reger Beteiligung an dem allgemeinen deutschen Maschinenmeisterkongreß, der zu Pfingsten in Leipzig stattfindet, aufforderte. Bedauerlicher- weise scheint die Eisenbahnverwaltung in Berlin den hohen kulturellen Wert der Buchgewerbeausstellung nicht ermaßen zu können und des weitern kein Verständnis dafür zu haben, daß Arbeiter sich selbst für ihre Bildungsbestrebungen auf fachlichem Gebiete nicht die Zeit zu Studienfahrten aussuchen können, sonst hätte sie nicht unsern Antrag auf Bestellung eines Ertragszugs abgelehnt. Zu wünschen ist aber, daß unsere Druckerkollegen sich von der Beteiligung an den von der Zentralkommission festgesetzten Veranstaltungen in Leipzig durch die Maßnahme der Eisenbahnbehörde nicht abschrecken lassen, wenngleich sie ja eine finanzielle Be- lastung im Gefolge haben, sondern gerade durch Massen- teilnahme beweisen, daß bei den Berliner Druckerkollegen Verständnis für all das Große und Gute vorhanden ist, das in Leipzig geboten wird. In einem weitern Referate wies der Vorsitzende auf die Bedeutung des vierten deut- schen Maschinenmeisterkongresses hin, dabei auf jeden Punkt der vorliegenden Tagesordnung näher eingehend. — Am 29. März fand wie alljährlich eine Fachschulabschlussfeier statt, verbunden mit einer Ausstellung der in den Kurzen gefestigten Schülerarbeiten. Bei dieser Gelegenheit nahm Kollege E. Herrlich unter Zustimmung eines Projek- tionsapparates die Besprechung der diesjährigen Neujahrs- karten vor. — In der Vereinsversammlung am 6. April widmete der Vorsitzende dem am 31. März verstorbenen Kollegen Otto Bedier einen feierlichen Nachruf. Der Verstorbene war allezeit ein gutes Verbands- und Sparten- mitglied. Seit etwa fünf Jahren war er als Kassierer unser Rotationsabteilung unser Vorstandsmitglied und als solches bestritt, stets seine ganze Kraft für die Organi- sation einzusetzen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Der Punkt „Technisches“ brachte uns einen Vortrag des Kollegen Hermann Erbs: „Das neue Auto- steroferfahren“. Am Hand von Lichtbildern und Zeich- nungen nach diesem Verfahren machte Redner die Versamm- lung mit dieser Neuerung bekannt. Die Diskussion über den Vortrag gab mehreren Kollegen, welche mit diesem Verfahren vertraut sind, Gelegenheit, vor einer Über- schätzung der Vorzüge zu warnen, da die Erfahrungen mit den nach diesem Verfahren hergestellten Platten nicht die besten waren. Nach einem Vortrage des Vorsitzenden und kurzer Diskussion über den vierten deutschen Maschinenmeister- kongreß wurde beschlossen, folgenden Antrag dem Kongresse zu unterbreiten: „Der Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. Dezember 1911 in Berlin betreffs Teilnahme des Ber- liner Vorsitzenden an den Sitzungen der Zentralkommission ist aufzuheben.“ Als Delegierte zum Kongresse wurden ein- stimmig gewählt die Kollegen Schulze, Marau, Erbs und Bullrich. — Am 18. April fand unter reger Anteilnahme unser Kollege die Feier unseres 18. Stiftungsfestes statt, die wie immer einen unermüßlichen, kollegialen Verlauf nahm. Erfreulicherweise konnten wir auch mehrere Funk- tionäre des Gauvereins und der übrigen Spartenvereine begrühen.

Pf. Borna b. Leipzig. Die Frühjahrsbezirksver- sammlung für die Orte Borna, Weiskau, Großsch, Bad Lausick, Pegau, Köfha und Zwenkau fand unter zahl- reicher Beteiligung am 26. April im Gewerkschaftshaus „Wilselmschöbe“ in Borna statt. Bezirksvorsitzender Hell- riegel eröffnete die Versammlung und begrühte alle Kol- legen aufs herzlichste, besonders auch den stellvertretenden Gauvorsitzenden Wangelin (Chemnitz) und den „Korr.“-Redakteur Schaeffer (Leipzig). Der erste Punkt der Tages- ordnung: „Wahl des Gesamtvorstandes“, erledigte sich in- sofern, als Kollege Hellriegel als erster Vorsitzender wiedergewählt wurde, auch der zweite Vorsitzende wurde wiedergewählt und der Schriftführer neugewählt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Vortrag des Kollegen Schaeffer: „Gewerkschaftliche Aufgaben“. In seinen klaren, längeren Ausführungen ging der Referent auf die wichtigsten Vorgänge in unserm Gewerbe näher ein. Er legte den Kollegen eindringlich ans Herz, auf ihre technische und gewerkschaftliche Fortbildung bedacht zu sein und dem Verbandsleben reges Interesse entgegenzubringen, denn derjenige sei nur als vollberechtigt in unserm jetzigen Zeit anzuziehen, der allen Anforderungen der heuligen Technik gewachsen sei. Reicher Beifall bewies das Ein- verständnis der Kollegen mit dem Referenten. Der dritte Punkt: „Bezirkskongress“, fand insofern Er- ledigung, als an dessen Stelle der Besuch der „Bugra“ empfohlen wurde. Unter dem letzten Punkte: „Bezirks- angelegenheiten betreffend“, referierte der Vorsitzende über die Bezirksvorsitzendenkonferenz. Ergänzt wurden die Aus- führungen durch Kollegen Wangelin und Immerthal.

Als Ort der Herbstversammlung wurde mit Stimmenmehr- heit Großsch gewählt. In das am Schlusse der Versamm- lung ausgebrachte Hoch stimmten die Anwesenden begeistert ein. — Ein gemächliches Beilammenlein hielt die Mit- glieder in der altschwerwürdigen „Tischschänke“ noch bis zur Abfahrt der Züge beisammen.

Bremen. (Maschinenmeisterverein. — Viertel- jahrsbericht.) Im letzten Vierteljahre wurden drei Mit- gliederberatungen abgehalten. In der Versammlung am 17. Januar hatten wir als Hauptpunkt der Tages- ordnung einen Vortrag mit dem Thema: „Allgemeine Be- trachtungen im Gewerbe“. Hierzu hatte Kollege Enderk einen gutdurchdachten Vortrag ausgearbeitet, worin er eingehend auf die tarifliche Lage von früher und jetzt zu sprechen kam. Die kommenden Umwälzungen im Buch- druckgewerbe, wie Offset- und Tiefdruck, wurden eben- falls gestreift. Dem Redner wurde allgemeiner Dank ge- zollt. Unter „Technischem“ ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, die Beratungen sowie den Vorstand durch fleißigen Besuch und rege Mitarbeit zu unterstützen, u. a. wurde den Kollegen mit auf den Weg gegeben, bei Kon- ditionswechsel stets Erkundigungen einzuziehen. — Am 15. Februar fand eine Nachmittagsversammlung statt. Sie war hauptsächlich deshalb auf einen Sonntag einberufen, um den Kollegen, die in Nachtschicht arbeiten, entgegen- zukommen. Zunächst gab Kollege Scharringhausen Bericht über die Abrechnung im letzten Quartale, wofür ihm Decharge erteilt wurde. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag über: „Moderne Setzungsillustration und Offset- druck“, den die Kollegen Barbel und Wiehe aus- gearbeitet hatten. Der Vortrag wurde mit Beifall auf- genommen. Auf das Offsetverfahren ging Kollege Enderk näher ein. Referier hatte auch verschiedene Druckmuster ausgelegt, die eingehend besprochen wurden. In dieser Versammlung wurden ferner die Neujahrskarten durch Kol- legen Meyer besprochen. — Die Versammlung am 22. März beschäftigte sich mit dem zu Pfingsten in Leipzig stattfindenden Maschinenmeisterkongreß und sonstigen Ver- anstaltungen der Zentralkommission. Von der Versamm- lung wurde beschlossen, einen Delegierten zu entsenden. Die Tagesordnung zu diesem Kongresse wurde eingehend be- sprochen und viel reges Interesse hervor. Als Delegierter wurde unser Vorsitzender gewählt. Unter „Technischem“ wurden noch einige Anfragen gestellt, die von den Kol- legen erledigt wurden. Unsere nächste Sommerversammlung wird voraussichtlich in Oldenburg stattfinden. Hierzu soll ein Referent genommen werden zu einem technischen Vor- trag. Im Verlaufe der Versammlung wurden noch einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt. Die Mitglieder- zahl beträgt augenblicklich 115, die Versammlungen waren durchschnittlich von 35 bis 40 Kollegen besucht.

Breslau. Die am 26. April im „Gewerkschaftshaus“ tagende Versammlung ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen Johann Aldermann, Johann Den- koch und Hermann Polack. Hierauf wurden 25 neuaus- gelernte Kollegen in unsere Reihen aufgenommen. Sodann hielt Kollege Söferichter einen sehr instruktiven Vortrag über „Die Arbeitslosenversicherung“, wie sie in andern Städten eingeführt und auch in Breslau geplant ist, hierbei in überaus interessanter Weise die verschiedenen Hand- habungen dieser Versicherung, speziell des Genter Systems, vor Augen führend. Dem Redner sei auch an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen. Im diesjährigen Johanns- feste wurde ein Ausflug nach Müstterberg beschlossen, wäh- rend des Stiftungsfests im „Wappenhof“ gefeiert werden soll. Betreffs der Leipziger Ausstellung wurde nach ver- schiedenen Anträgen beschlossen, jedem die Ausstellung besuchenden Kollegen aus der Ortsvereinskasse 10 Mk. zu bewilligen. Anschließend hieran machte der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand den Prinzipalen ein Besuch unterbreitet hat, demüthigen Gesilhen, die noch keinen Ferienurlaub erhalten, einige Tage Urlaub ohne Lohn- abzug zum Besuche der Ausstellung zu gewähren.

Danzig. (Vierteljahrsbericht.) Über die General- versammlung wurde bereits berichtet. — Die Monatsver- sammlung am 1. März wies einen regen Besuch auf. Unter „Geschäftlichem“ erwähnte Vorsitzender Jango den Streik der österreichischen Kollegen. Bezüglich des Aus- tretens der Heßlinge und deren Aufnahme in den Ver- band wies er darauf hin, daß in jedem Fall auf die Ge- hilfenprüfung aufmerksam gemacht werden müsse. Ein Vortrag des Kollegen Wilschke über „Volkswirtschaftliche Probleme“ wurde beifällig aufgenommen. — In der am 10. April abgehaltenen Monatsversammlung waren etwa 120 Kollegen anwesend. Der zahlreiche Besuch war auf die wichtige Tagesordnung zurückzuführen. Der Vorsitzende machte auf die gewissenhafte und pünktliche Auslieferung der Überflutungsstatistik aufmerksam und erwähnte die „Kohl“-Brotschüre, über die zur Tagesordnung über- gegangen wurde. Hierauf gab Gauvorsitzer Nagroßki einen Situationsbericht über unser Gewerbe, beginnend mit der letzten Gauvorsitzendenkonferenz. In der „Zeitschrift“ habe sich allmählich ein richtiger Saß gegen die Gehilfen herausgebildet. Erst waren die Maschinenmeister, dann die Maschinenlehrer und jetzt sind die Faktoren an der Reihe. Die Kohl-Brotschüre wurde vom Redner in abfälliger Weise be- sprochen. Eine Bewegung ist seitens des Gauvorstandes in Marienburg bei der Firma Halb in die Wege geleitet worden. Dort haben die Kollegen die Kündigung eingereicht. In Pöplitz wurde seitens des Gutenbergsbundes eine rege Agitation entwickelt und mit den schönsten Mitteln ge- arbeitet, um die dortigen Gehilfen zum Übertritte zu be- wegen. Trotdem hat der Bund keinen Erfolg zu ver- zeichnen gehabt. Die Pöplitzer Kollegen sind immer treue Verbandskollegen gewesen und werden es auch weiter sein. Reicher Beifall wurde dem Redner am Schlusse seines Be- richtes zuteil. An den Magistrat und die Handwerks-

Kammer sind Eingaben um Bewilligung eines Zuschusses zum Besuche der Buchgewerbeausstellung in Leipzig gemacht. Von den in diesem Vierteljahr ausgemerkten lieben Gehilfen ist keiner zum Gutenbergsbund übergetreten, sondern sie sind sämtlich dem Verbande beigetreten, so daß also auch hier der Gutenbergsbund keinerlei Erfolge erzielt hat.

Wiesbaden. In der am 25. April abgehaltenen Versammlung konnten sechs neuangelernte Kollegen dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen werden. Der Vorsitzende richtete aus diesem Anlaß einige beherzigenswerte Worte an die jungen Kollegen, sie ermahnd, großes Gewicht auf ihre weitere berufliche Fortbildung zu legen. Die hiesige Fortbildungsschule veranlaßt in Kürze wieder einen Kursus für Buchgewerber und verwandte Berufe. Zum zweiten und letzten Punkt erstattete Kollege Ehlers den Kassenbericht pro erstes Quartal. — Im Anschluß an die Versammlung fand eine Feier zur Ehrung des Kollegen Matthias Königshausen, der am 1. Mai 50 Jahre im Besuche tätig war, sowie des Kollegen Julius Wolff Hoff, welcher auf eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken kann. Der Vorsitzende konnte in seiner den beiden Jubilaren gewidmeten Rede feststellen, daß beide Kollegen sich große Verdienste um unsere Organisation erworben haben. In schweren Zeiten hätten sie die Fahne des Verbandes hochgehalten. Redner schloß in seine Ausführungen die Mahnung ein, dem Beispiel unserer Altesten nachzueifern und dem Verbande die Treue zu bewahren. Zum Schluß seiner Rede überreichte Kollege Paleß dem Kollegen Königshausen eine prachtvolle Figur, die Wissenschaft darstellend, und dem Kollegen Wolff ein künstlerisch ausgeführtes Ehren Diplom, beides vom Ortsvereine gewidmet. Im Laufe des Abends wechselten Musik, gemeinschaftliche Veder usw. ab und gestalteten die Feier zu einer echt kollegialen Veranstaltung. Die beiden Jubilare nahmen verschiedenlich das Wort und gaben teils ernste, teils heitere Erinnerungen aus früherer Zeit zum besten. Erwähnt sei noch, daß Kollege Germer zu Ehren der Jubilare den Gedicht bestiegen hatte. Er erteilte mit seinen beiden Liedern den verdienten Beifall.

Frankfurt a. M. (Maschinenf.) Die am 26. April abgehaltene Versammlung hatte unter „Gesellschaftlichem“ zwei Neuaufnahmen zu erledigen; dabei wurde die Mitteilung gemacht, daß die hiesige Firma Rahmeyer bei der Entlohnung eines Monotypsetzers ganz eigenartige Manipulationen versuchte, weshalb der in Betracht kommende Kollege nach kurzer Zeit die Stellung wieder aufgab. Die Maschinenf. seien deshalb zur Vorsicht gemahnt. (Das ist eine Sache, die doch in die Mitgliedschaftsversammlung gehört. Wir bitten das für künftige Fälle ad notam zu nehmen. Red.) Das „Technische“ wurde wieder in einer ausgedehnten Debatte gepflegt. Eine rege Aussprache zeugte die Besprechung des österreichischen Tarifabschlusses. Vorsitzender Flügel schilderte den Verlauf des Tarifkampfes und stellte Vergleiche zwischen dem früheren und jetzigen Tarif an. Der österreichische Tarifkampf sei für uns insofern lehrreich, als er zeige, was wir in Deutschland bei der nächsten Tarifrevision zu erwarten hätten. Deshalb sei es unbedingt nötig, daß alle Maschinenf. dem Verband und der Sparte angehören. Solche Debatte wie über „Maschinenf. ermeister“ seien jetzt nebenächlich oder überhaupt zu verwerfen. Unverständlich sei, wie solche Artikel im „Korr.“ Aufnahme finden können; man möchte bald meinen, die Geschäftigkeit unter den Gehilfen und gegen die Maschinenf. solle mit Absicht geschürt werden. Dieser Ansicht wurde auch von einigen Diskussionsrednern zugestimmt und betont, daß der „Korr.“ Redaktion ins Gedächtnis zu rufen sei, daß die Maschinenf. jeder auch Verbandsmitglied seien. Die Versammlung beschloß, von einem Ausflug am ersten Pfingstfesttag abzugehen und der Einladung der Darmstädter Maschinenf. Kollegen zu ihrem zehnjährigen Stiftungsfeste Folge zu leisten, das im Juli in Gestalt eines Ausfluges nach Altsassenburg gefeiert werden soll. Weiter wurde angeregt, sich eifriger an den in nächster Zeit stattfindenden Veranstaltungen des Bezirksvereins und der Gewerkschaften zu beteiligen.

Anmerkung der Redaktion: Dem Vorsitzenden und den betreffenden Diskussionsrednern in dieser Versammlung müssen wir schon bedauern, sich nicht die Stiefel an der Redaktion abzuputzen, sondern derart kollegiale Rippenstöße, wenn man sie einmal für unumgänglich hält, an diejenigen Spezialkollegen auszuteilen, die da glauben, das Recht auf Meinungsfreiheit im „Korr.“ auf so eigenartige, von der Redaktion ausdrücklich abfällig beurteilte Weise demonstrieren zu müssen. Nachdem bereits einigemal erklärt worden ist, welchen unschuldigen, schon mehr nahe zu nennenden Umfang die Artikel genommen haben, und wie es fast ausnahmslos Maschinenf. waren, die — im Druck immer noch beträchtlich abgegwicht von der Redaktion — der Mitwelt solches Schauspiel boten, so läuft das, was in dieser Frankfurter Maschinenf. Versammlung ausgeführt, auf eine Hebe gegen die Redaktion hinaus, die man sich sogar so bequem macht, der Redaktion zu sagen, die Maschinenf. seien doch auch Verbandsmitglieder. Das dürfte allerdings nicht kommen! Denn man weiß ja und kann es auch Schwarz auf Weiß in Versammlungsberichten der Maschinenf. lesen, wie die Redaktion in den Jahresberichten dieser Sparte allezeit mit Anerkennung bedacht ist wegen der energischen Zurückweisung der im vergangenen Jahre so zahlreichen Angriffe und Verdrüssigungen in der „Zeitschrift“ gegen die Maschinenf. Hat man keine Courage, gegen den eignen Anhang einmal die richtigen Worte zu finden, dann muß man es sich auch gefallen lassen, daß wir für die Rolle als Prügeljunge entschieden danken. Unsere Kritikern in Frankfurt wollen wir aber zum Trost eine Versicherung geben: In puncto Meinungsfreiheit werden die Zügel noch

straffer gezogen werden, nachdem sich häufig genug herausgestellt, daß die lauesten Rufen danach am ehesten auch Mißbrauch mit ihr treiben. Wir haben keine Lust, wegen Selbstgebadener oder abstruher Einfälle, die durchaus keine Seitenhieb bilden, aber partout im „Korr.“ abgelesen werden sollen, uns Grobheiten sagen zu lassen.

Glogau. Die diesjährige Bezirksversammlung wurde am 26. April in Neulatz abgehalten. Zahlreich hatten sich die Kollegen aus dem Bezirk eingefunden, und zwar aus Glogau 52, Grünberg 39, Gubrau 8, Steinau 4, Sagan 6, Neulatz 17, Sprockau 7, Polkwitz und Galbau waren nicht vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Emil Dohertig gelehrt. Vorsitzender Dieß gab bekannt, daß sämtliche neuangelernte Kollegen in unsre Reihen eingetradet sind. Nach Erledigung des Kassenberichts hielt Gauvorsteher Fiedler (Breslau) einen Vortrag: „Die Arbeiterbewegung früherer Jahrhunderte“. Die in interessanter Weise gegebenen Ausführungen belohnte reicher Beifall. Den nach Leipzig zur Ausstellung fahrenden Mitgliedern des Bezirksvereins wurde eine Beihilfe von je 5 Mk. bewilligt. Ein Antrag Neulatz, im Statute festzusetzen, den Mitgliedern zur Bezirksversammlung das Fahrgehalt vierter Klasse zu erlassen, fand Annahme. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die sehr rege und gut verlaufene Versammlung. Der nächste Bezirksstag findet in Grünberg statt. — Vor der Versammlung hatte der Ortsverein Neulatz eine Druckausstellung veranstaltet, der seitens der Kollegen große Beachtung geschenkt wurde.

Glogau. (Maschinenf.vereinigung.) Am 26. April hielten nach Schluß der in Neulatz a. O. abgehaltenen Bezirksversammlung die Maschinenf. des Bezirks Glogau, der Orte Glogau, Grünberg, Neulatz, Sprockau, Sagan und Steinau mit Sebmachinen aufzuweisen hat, eine Sitzung zwecks Gründung einer Bezirksmaschinenf.vereinigung ab, die auch einstimmig aus der Laufe gehoben werden konnte. Ein Maschinenf. konnte hierbei für unsere Sparte gewonnen werden.

Bad Homburg. In der am 25. April abgehaltenen und von 23 Mitgliedern besuchten Monatsversammlung wurden zunächst einige Ergänzungswahlen zum Vorstande vorgenommen. Die Abhaltung eines Johannisfestes größern Stils wurde für den 14. Juni beschlossen; es soll im Stadteile Kirdorf als Bohlseß stattfinden. Die nächste Versammlung wird am 24. Mai in Oberursel abgehalten unter Hinzuziehung eines auswärtigen Referenten.

Langensalza. (Vierteljahrsbericht.) In der ersten Versammlung des neuen Jahres wies der Vorsitzende besonders auf die am 1. Januar in Kraft getretenen Vorstandsbeschlüsse hin. Aus dem Jahresberichte des Kassierers konnte man ersehen, daß zugunsten der Hauptkasse günstig abgeschlossen wurde; ein gutes Zeichen der Geschäftsjahresentwicklung 1913. Den Versammlungsbesuch für 1913 konnte man als gut bezeichnen. — Die Februarversammlung behandelte hauptsächlich mit der Delegiertenwahl zur Bezirksversammlung in Gotha, hierzu wurden neun Kollegen gewählt. Die Anträge wurden einzeln durchberaten. — In der Märzversammlung gab der Vorsitzende den Bericht der Bezirksversammlung eingehend wieder und konnte u. a. den Kollegen mitteilen, daß die Bezirkskasse eine Fahrt vierter Klasse den Besuchern der „Bugra“ in Leipzig gewährt. Den neuangelernten Kollegen, welche die Gehilfenprüfung ablegen, wurde eine Unterstützung aus der Ortskasse zu den Kosten bewilligt. Auch den Hinterbliebenen des Kollegen Solinger (Zeichen) wurde eine solche bewilligt. Hierauf wurde noch auf verschiedene Einzelheiten und den Wert der internationalen Buchgewerbeausstellung hingewiesen und die Kollegen nochmals zum Besuch aufgefordert. Auch konnten wir nach einem Vortrag des Kollegen Westedt über „Unsre Berufsverhältnisse und deren Bekämpfung“ mit anhören, der ungeheuren Beifall bei den Kollegen fand. Zu Offern konnten wir drei Neuausgelernte in die Reihen unsres Verbandes aufnehmen.

Leipzig. (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Am 23. April fand unsre Monatsversammlung statt, zu der Herr Dr. med. Simon einen Vortrag über „Die Tuberkulose, ihre Entstehung und Bekämpfung“ übernommen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Abbleiben des Kollegen S. Sibirer auf die übliche Weise gelehrt. Der Referent verstand es hierauf ausgezeichnet, durch leichtverständliche, klare Ausführungen das Interesse der Versammlung zwei Stunden zu fesseln. Er gab zunächst einen Überblick über die verschiedenen Arten dieser Proletarierkrankheit und ihre Entstehung, um dann zum Schluß auf die Maßregeln zur Bekämpfung hinzuweisen und die Zuhörer aufzufordern, durch genaue Beachtung aller Schutzregeln mitzuwirken an der Bekämpfung dieser Volksseuche. Reicher Beifall belohnte den Redner. Der Vorsitzende hieß hierauf die neuangelernten Kollegen, die alle den Weg zur Sparte gefunden haben, herzlich willkommen und wies mit kurzen Worten auf den Wert und die Ziele der Sparten hin. Widerspruchlos wurde ein Zeitungsstereotypen als harnächtiger Restant ausgeschlossen. Hieran schloß sich die Bekanntgabe einiger „Bugra“-Angelegenheiten; besonders wurde darauf hingewiesen, daß am 26. Juli ein Sachsentag der Stereotypen- und Galvanoplastiker auf der Ausstellung stattfinden. Unter „Verstärkungen“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt, und damit hatte die gutbesuchte Versammlung ihr Ende erreicht.

Wirta. In der Bezirksversammlung am 26. April gedachte der Vorsitzende nach Begrüßung der Erledigten, namentlich der Neuausgelernten, des verstorbenen Kollegen Reichenbach (Dresden), dessen Andenken in üblicher Weise gelehrt wurde. Gauvorsteher Steinbrück hieß darauf ein Referat über das neue Verbands-

statut und die Beschlüsse des Vorstandes. Seine leichtverständlichen, interessanten Ausführungen fanden den Beifall der Versammlung. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über die Wahl des Ortes der nächsten Bezirksversammlung. Als solcher wurde Sebnitz gewählt. Zugleich wurde das vorzeitige Verlassen der Bezirksversammlung seitens einiger Kollegen getadelt. Es wurde der Beifall gefaßt, das Fahrgehalt der auswärtigen Kollegen erst am Schluß der Versammlung zur Auszahlung zu bringen bzw. durch eine die Namen der Anwesenden enthaltende und am Ende der Versammlung nochmals festzustellende Präsenzliste, die dem Gauvorsteher zwecks Vergütung bei der Anrechnung der Fahrgehaltsabgabe durch die auswärtigen Kollegen zu überreichen ist, die „Gründerberger“ zum besten Ausschalten zu veranlassen. Anwesend waren von Pirna 30 Kollegen, Dohna 3, Königstein 1, Kreischa 1, Langburkersdorf 2, Leuben 3, Rodwitz 1, Neustadt i. S. 8, Niederseibitz 10, Schandau 5, Sebnitz 3, Stolpen 3.

Posen. Ein recht interessanter Vortrag war es, den der zweite Verbandsvorsitzende P. Grafmann (Berlin) in unsrer außerordentlichen Versammlung hielt. In eingehender Weise erörterte der Vortragende alle in Betracht kommenden Punkte. Er legte den jüngern Kollegen besonders nahe, sich mehr an den Versammlungen zu beteiligen. Am Schluß des Vortrages richtete er an die Kollegen die Mahnung, auch ferner treu zur Organisation zu halten, an ihren Arbeiten teilzunehmen und vor allen Dingen den jetzigen Situationen im Gewerbe ein richtiges Verständnis entgegenzubringen. Der Beifall, den die Versammlung dem Redner schenkte, war ein Zeugnis des großen Ansehens.

Weiden (Oberpfalz). Am 26. April fand unsre Frühjahrsvierteljahrsversammlung in Weiden statt. Die Mitgliedskassen Cham und Weiden waren vollständig vertreten. Waldbassen und Schwandorf durch je ein Mitglied. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Kollegen Rehhauser und Solinger in der üblichen Weise gelehrt. Die Hauptpunkte der Tagesordnung waren zwei Referate. Kollege Hausmann (Münster) sprach über „Berufliche Fortbildung“, während Kollege Mierich (Cham) sich die „Bugra“ als zeitgemäßes Thema gewählt hatte. Beide Referenten fanden für ihre gelesenen Ausführungen die verdiente Anerkennung. Gute Beachtung fand auch eine Ausstellung neuzeitlicher Druckmaschinen. Einen ziemlich großen Raum nahm die Broschüre Kofel-Rehhauser ein. Von der Fassung einer Resolution wurde trotz ausgiebiger Diskussion Abstand genommen. Nachdem die übrige reichhaltige Tagesordnung erledigt, sah die „bedeutendste Stadt der nördlichen Oberpfalz“ die Kollegen noch einige vergnügte Stunden in ihren Mauern verleben.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Soziales Verständnis. Die Generalversammlung der „Merziger Volksgesellschaft“ (S. m. b. H.) in Merzig sah auf Antrag des Geschäftsführers den Beschluß, alljährlich eine bestimmte Summe zur Verteilung an das technische Personal zu überweisen. In diesem Jahre gelangten 200 Mk. an neun Gehilfen, zwei Lehrlinge und eine Einlegerin zur Verteilung. Außerdem erhalten die Gehilfen bei dreijähriger Geschäftszugehörigkeit drei Tage Ferien.

Zuschüsse zum Besuche der graphischen Weltausstellung. Auf ein Gesuch um Gewährung von Zuschüssen zum Besuche der graphischen Weltausstellung hat die Handwerkskammer in Danzig beschlossen, für je einen Meister und Gehilfen des Buchdrucks, Stein- und Buchbindergewerbes 50 Mk. beizuführen, wenn das Handelsministerium, die Provinz- und Stadtbehörde sich gleichfalls an dieser Subventionierung beteiligen. Ferner hat die Handwerkskammer für Niederbayern dem Kollegen Hakenkopf in Deggendorf zu dem gleichen Zweck einen Betrag von 150 Mk. bewilligt. — In Breslau gewährte die Buchdrucker Paul Förster dreien von ihren 13 Gehilfen eine Beihilfe von je 20 Mk. und einen Urlaub von je drei Tagen ohne Lohnabzug zum Besuche der Leipziger Ausstellung.

Meisterprüfungen. In Gotha legten die Kollegen Georg Schart, Anton Eißner, Arno Faulstich, Max Großmann, Eduard Hächner, Oswald Hoftra, Hugo Langloß, Karl Schilling und Rudolf Spittel sowie Alfred Schönebeck in D. H. d. r. die Meisterprüfung ab, ferner in Rothenburg o. T. die Kollegen Wilhelm Wenzel sowie Georg Lang und in Mosbach der Kollege Heinrich Weber.

Betriebsunfall. In einer Berliner größeren Buchdruckerei glitt ein junger Maschinenmeister beim Farbeinfüllen während des Ganges der Maschine aus und geriet infolgedessen mit dem rechten Arme so unglücklich zwischen das Farbwerk, daß ihm nun jedenfalls der Arm abgenommen werden muß. Dieser traurige Vorfall sollte alle Maschinenmeister unbedingt veranlassen, das Farbeinfüllen unter keinen Umständen mehr bei gehender Maschine zu verrichten. Die Unfallverhütungsvorrichtungen geben dazu das formelle Recht und die Gefährlichkeit dieser Handlung das moralische. Sollte irgendwo die Berrichtung dieser Arbeit von der Geschäftsleitung oder einem Vertreter dieser trotzdem verlangt werden, so ist der zuständige Vertreter der Beschäftigten der Berufsgenossenschaft davon zu unterrichten; nötigenfalls erklären auch wir uns bereit, solche Fälle an geeigneter Stelle zur Kenntnis zu bringen.

Die Rentabilität der graphischen Gewerbe. Im Hinblick auf die graphische Weltausstellung dürfte für unsre Leser eine nochmalige, mehr spezialisierte Übersicht über die Rentabilität der graphischen Gewerbe in Deutschland von

besonderem Interesse sein. Natürlich kann sich die Statistik nur an die Bilanzen der Aktiengesellschaften halten, da sich die Gewinne der Privatunternehmungen fast jeglicher Kontrolle entziehen. Im allgemeinen dürften aber die Dividenden- und Gewinnergebnisse der hierher gehörenden Aktiengesellschaften wenigstens ein ziemlich zutreffendes Bild von der Bewegung der Rentabilität ihres Gewerbes liefern. Die Aktiengesellschaften erzielten im Durchschnitt der Geschäftsjahre 1908/09—1912/13 nach den während der Kalenderjahre 1910—1913 vergleichbar veröffentlichten Bilanzen folgende Dividendenresultate:

Veröffentl.	Zahl der Gesellsch.	Geschäftsjahr	Aktienkapital in 1000 Mk.	Dividende i. Proz.
1910	88	1908/09 bzw. 1908	62 938	3647 5,8
		1909/10 " 1909	62 659	4024 6,4
1911	88	1909/10 " 1909	62 774	3988 6,3
		1910/11 " 1910	63 776	4126 6,5
1912	92	1910/11 " 1910	65 543	4373 6,7
		1911/12 " 1911	65 797	4572 6,9
1913	90	1911/12 " 1911	64 515	4435 6,9
		1912/13 " 1912	63 619	4324 6,8

Der Überschuß des Reingewinns über den Verlust unterlag folgenden Veränderungen:

Veröffentl.	Zahl der Gesellsch.	Geschäftsjahr	Aktienkapital in 1000 Mk.	Reingewinnüberschuß i. Proz.
1910	108	1908/09 bzw. 1908	68 282	4911 7,2
		1909/10 " 1909	67 941	5851 8,6
1911	104	1909/10 " 1909	66 799	5715 8,6
		1910/11 " 1910	67 905	7617 11,2
1912	108	1910/11 " 1910	69 469	7594 10,9
		1911/12 " 1911	69 723	7406 10,6
1913	102	1911/12 " 1911	62 642	7041 11,2
		1912/13 " 1912	62 148	6364 10,2

Das Geschäftsjahr 1912/13 brachte eine leichte Verschlechterung der Ergebnisse.

Der Wasser trinkende Seher. In einer solchen erschienenen Festschrift zur Feier des 300jährigen Bestehens der „Münchener Nachrichten Zeitung“ findet sich unter vorstehender Überschrift folgende kurze Notiz aus Nr. 84 vom 25. März 1835: „Zu München ist ein Seher in einer solchen Buchdruckerei etwas Außerordentliches begegnet. Derselbe war wahrhaftig durch einen Trunk Wasser etwas verblödet, woraus ein Groch worden ist, der demselben schon längere Zeit unbehagliche Bewegungen im Magen verursachte. Er zieht einen Arzt zu Rate, die er gibt dem Leidenden ein Brechmittel, und am lehrbuchmäßigen Sonntag bricht derselbe einen lebendigen Groch! Das Merkwürdigste bei dieser Sache bleibt wohl immer, was diesen Seher zum Wasser trinken verleitet!“

Sonderausstellung im Deutschen Buchgewerbe- und Schriftmuseum. Im Deutschen Buchgewerbe- und Schriftmuseum in Leipzig hat zurzeit die „Propaganda“ (Stuttgarter) eine kleine Ausstellung veranstaltet. Ganz besonders bemerkenswert an den ausgestellten Objekten sind die speziell für technische Zwecke hergestellten Plakate, auf welchem Gebiete sich die Firma einen großen Namen erworben hat. Die vielseitigsten Entwürfe sind hier zur Schau gestellt, aber nicht nur Plakate, sondern auch kleine Druckarbeiten, als Briefbogen, Inserate ernstlich und humoristisch charakterisiert, ebenso speziell für die Technik angefertigten wie die Plakate. Es lohnt sich ein Besuch dieser Ausstellung in jeder Beziehung für den Kaufmann wie für jeden andern Verbraucher von Plakaten. Die Ausstellung ist geöffnet an Wochentagen von 9 bis 6 Uhr und Sonntags von 9 bis 2 Uhr im Buchgewerbehaus, Volkstraße 1.

Zur Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände. Der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes, Bogelans, äußert sich in der „Königlichen Volkszeitung“ (Nr. 41) neuerdings zu der Frage der Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände. Er wendet sich dagegen, daß man in Schachtmacherkreisen mit diesen Sinweisen „politische Geschäfte“ zu machen veruche und begründet den Standpunkt seiner Gewerkschaft mit folgenden Ausführungen: „Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter ist gegnerisch worden, um die wirtschaftlichen Interessen der Bergleute wahrzunehmen. Bei der jetzigen Sachlage gibt es für ihn zur Durchführung wirtschaftlicher Ziele keinen andern Weg, als zeitweise mit andern Bergarbeiterorganisationen gemeinsam zu marschieren. In diesem Sinne war der Aufruf betreffend Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft aufzufassen, den der Vorstand des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter nach seiner Generalversammlung im vorigen Jahr erlassen hat. In der Beurteilung vieler nationaler, staatlicher und religiöser Probleme, in Lebensfragen des deutschen Volkes wird der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter nach wie vor im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände seine eignen Wege gehen. In Fragen, die die wirtschaftliche Hebung der Bergarbeiter angehen, wird er in Zukunft ebenso mit andern Organisationen zusammenzugehen suchen.“ Dann führt Bogelans aus: „Die an die Wand gemalte Annäherung zwischen dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter und dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband ist lediglich zu dem Zweck erfinden und als Staatsaktion aufgebaut worden, um Regierung, Behörden, Politiker usw. wirksamer für die gelben Gewerkschaften interessieren zu können.“ In den deutschen Bergarbeitern ist die Erinnerung an den christlichen Streikbruch von 1912 immer noch viel zu lebendig, um an die rückhaltlose Ehrlichkeit die er christlichen Vorschläge zu einer künftigen „Arbeitsgemeinschaft“ zu glauben. Hinzu kommt, daß gerade die Führer der christlichen Gewerkschaften bei den letzten Reichstagswahlen, wie im Enzshäuserprozeß vom Dezember 1913 offenkundig wurde, Leuten wie Böttger und andern,

deren schmerzhaften Anschauungen längst bekannt waren, gegenüber bewährten Bergarbeiterführern wie Süte zum Siege verhassten. Der christliche Bergarbeiterverband wird erst durch Taten beweisen müssen, daß er nicht nur ein faktisches Manöver vor hat, um seine Reihen wieder zu stärken, sondern wirklich für die Interessen der Bergarbeiter in gemeinsamer Front mit dem alten Verbande kämpfen will.

Berechtigter Boykott. Das Nacher Landgericht hat kürzlich die Schadenersatzklage einer Brauerei gegen die Vertreter eines freien und eines christlichen Gewerkschafts harterls wegen Boykotts kostenpflichtig abgewiesen. Infolge der sich häufenden Erpressungs-, Nötigungs- und Boykottklagen hat das Urteil allgemeine Bedeutung; wir entnehmen ihm folgende Stellen: „Die Beklagten haben mit dem Boykott den berechtigten Zweck verfolgt, die Klägerin zu dem Abschluß eines neuen Tarifvertrags zu veranlassen oder sich doch wenigstens in Verhandlungen mit den Vertretern der organisierten Arbeiter einzulassen; sie haben in zweiter Linie die Wiedereinstellung der von der Klägerin entlassenen Arbeiter angestrebt. Auch der zweite Klagegrund, daß die Schädigung der Klägerin und der von ihr das Bier beziehenden Wirte zu dem von den Beklagten verfolgten Ziel in einem auffälligen Mißverhältnis stehe, muß verfallen. Die Tatsache, daß auch unehrdliche Dritte, nämlich die Wirte, durch den Boykott geschädigt worden sind, kann diesen nicht zu einem sittenwidrigen machen. Fast jeder Boykott wird mittelbar auch unbeteiligte Dritte treffen. Wenn die Beklagten das Verhalten der Klägerin kritisierten und mifbilligten, daß die Klägerin einen Teil ihrer Arbeiter ausgesperrt, zehn Arbeiter, die zum Teil jahrelang im Betriebe beschäftigt gewesen seien, aufs Straßenpflaster geworfen habe und sie nun Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangen, so sind das keine sittenwidrigen Veröffentlichungen; die Beklagten hatten vielmehr in dem Verhalten der Betriebsleitung der Brauerei nach dem Ergebnisse der Beweisaufnahme zu ihrer Kritik genügend Anlaß. Es lag neben andern eine Mahregung von zehn Arbeitern vor, die ihren Grund, da irgendwie nennenswerte Befähigungen der nichtorganisierten Arbeiter nicht vorgekommen sind, nur in dem Unwillen der Betriebsleitung darüber hatte, daß man sie zur Einleitung der Verhandlungen mit den Sekretären nötigen wollte.“ Auf Grund dieser Entscheidung, die von einem bemerkenswerten sozialen Verständnis zeugt, wurde dann die Klage der Brauerei abgewiesen.

Deutschlands Fleischkonsum. Aus den soeben veröffentlichten amtlichen Ausweisen über die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Deutschen Reich im ersten Vierteljahre 1914 geht wieder deutlich hervor, daß die Fleischversorgung Deutschlands in mehrfacher Hinsicht eine ungenügende ist. Die Versorgung entspricht weder qualitativ noch quantitativ den Anforderungen, die bedeutende Mediziner und Volkswirte als Mindestmaß aufgestellt haben. Vierteljährlich läßt sich der inländische Fleischkonsum aus den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau (gewerbliche Schlachtungen) und der Mehreinuhr von Fleisch berechnen. In den einzelnen Quartalen der Jahre 1910—1914 berechnete sich der inländische Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung auf Kilogramm:

	1910	1911	1912	1913	1914
1. Quartal	10,14	9,99	10,50	9,59	9,75
2. " "	9,45	9,56	9,78	9,32	—
3. " "	9,72	10,06	9,60	9,50	—
4. " "	10,47	11,41	10,14	10,30	—

Der diesjährige Fleischkonsum weist also nur gegenüber dem ersten Quartale 1913, das bereits im Zeichen sehr hoher Fleischpreise stand, eine leichte Steigerung auf. Im Vergleiche zu den drei vorangegangenen Jahren ergibt sich eine zum Teil recht erhebliche Verminderung des Verbrauchs. Mit dieser quantitativ unzureichenden Versorgung geht noch eine qualitative Verschlechterung Hand in Hand. Im ersten Quartale der Jahre 1910—1914 betrug nämlich der Konsum der einzelnen Fleischsorten pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

	1910	1911	1912	1913	1914
Januar bis März	1910	1911	1912	1913	1914
Rindfleisch	4,00	3,55	3,57	3,40	3,26
Kalb- und Schweinefleisch	0,82	0,85	0,70	0,62	0,57
Schweinefleisch	5,12	5,60	6,06	5,39	5,76
Lammfleisch	0,17	0,16	0,15	0,15	0,13
Ziegenfleisch	0,03	0,03	0,02	0,03	0,03

Seit dem ersten Quartale 1910 ist der Verbrauch an Rindfleisch um 0,74 kg, von Kalbfleisch um 0,25 kg und von Hammelfleisch um 0,04 kg pro Kopf zurückgegangen. Der Konsum von Schweinefleisch hingegen ist um 0,64 kg pro Kopf gestiegen. Würde man den Fleischverbrauch in den verschiedenen sozialen Schichten statistisch erfassen können, so würde sich wohl bald herausstellen, daß die mittleren und unteren Schichten verhältnismäßig minimale Mengen von Rind- und Kalbfleisch konsumieren. Sie können ja kaum das ebenfalls stark verkauerte Schweinefleisch erschwingen und müssen zum Teil schon zum Pferde- und Hundestraga übergehen. Normalerweise hat die Mehrzahl aller Europäer gegen den Genuß von Pferde- und Hundestraga einen natürlichen Widerwillen. Nur die drückende Not und der Hunger können diesen Ekel etwas zurücktreten lassen. Im Auslande hat man für den Konsum von Hundestraga kein Verständnis, weil man offenbar die Kalamität der deutschen Fleischsteuerung gar nicht richtig kennt. So schreibt der Pariser „Matin“: „Aus ist es widerlich, Hundestraga zu essen, aber die Deutschen teilen dieses Bedenken nicht.“ Man hält auch in Deutschland Hundestraga nicht gerade für eine Delikatesse, aber Hunger tut weh! Nach der vom Kaiserlichen Statistischen Amte zusammengestellten und vierteljährlich in „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Statistik über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Deutschen Reiche betrug in den Jahren 1907—1913 die Zahl der beschauten Hunde:

Jahr	Preußen	Bayern	Sachsen	Deutschland insgesamt
1907	1782	425	3785	6472
1908	1636	391	3776	6261
1909	1931	421	4062	6990
1910	2251	384	3629	5922
1911	1917	452	3540	6553
1912	2630	414	4288	8132
1913	2297	480	3854	7356

Diese Ziffern beruhen, wie gesagt, auf amtlichen Angaben, und das einzige Bedenken, das man gegen dieselben vorbringen kann, ist die Frage, ob sie den ganzen Konsum von Hundestraga umfassen. Es ist leider anzunehmen, daß die Zahl der für Genußzwecke geschlachteten Hunde viel größer ist, da in den meisten Fällen eine amtliche Fleischbeschau gar nicht stattfindet. So mancher feiste Moppel wandert ohne Aufsehen direkt von der Straße in den Kochtopf eines hungrigen Arbeiters. Die Inanspruchnahme der amtlichen Fleischbeschau verbleibt sich hier aus naheliegenden Gründen. Daß gerade durch den Genuß von Hundestraga die aller schlimmsten Krankheiten übertragen werden können, bedarf gar keiner Erwähnung. Von besonderem Interesse ist der außerordentlich grobe Verbrauch von Hundestraga im industriereichen Sachsenlande. Die Statistik der Hundeschlachtungen bildet übrigens eine recht wertvolle Ergänzung der neuerdings massenhaft auftauchenden Berechnungen des deutschen Volkswohlstandes. Man hat vielfach die Befürchtung ausgesprochen, daß diese Schätzungen des deutschen Nationalreichtums im Auslande unliebsames Aufsehen und Neid erregen müßten. Man zeige dem Ausländer die Ziffern über den Verzehr von Hundestraga in Deutschland, und er wird von Stund an nicht Neid, sondern Mitleid mit dem deutschen Proletariat empfinden.

Geforben.

In Altbang (N. B.) am 25. April der Buchdruckereibesitzer August Wiggael aus Bärben bei Neustadt (Sachsen-Weimar), 90 Jahre alt.

In Berlin am 28. April der Drucker Bernhard Sternowsky von dort, 43 Jahre alt — Nierenleiden; am 29. April der Korrektor Robert Muche aus Sagan i. Schl., 31 Jahre alt — Herzleiden; am 30. April der Seher Wilhelm Kuhnke von dort, 19 Jahre alt — Lungenleiden; am 1. Mai der Seherinvalide Fritz Gallner aus Pankow, 23 Jahre alt — Lungenleiden; am demselben Tage der Seherinvalide Bruno Scheibe aus Groß-Schellbach, 45 Jahre alt — Lungenleiden; am 6. Mai der Stereotypen Bernhard Frommholz von dort, 27 Jahre alt — Nierenleiden; am 7. Mai der Seher Hermann Benz aus Winnenden, 63 Jahre alt — Darmleiden; am 8. Mai der Seher Arthur Albrecht aus Salkrow, 59 Jahre alt — Gefäßkrankung, — Verletzung; der in Nr. 53 des „Norr.“ verzeichnete Seherinvalide Albert Jenich aus Breslau heißt Albert Jenich.

In Bochum am 5. Mai der Seher Christoph Darmhorst, 24 Jahre alt — Lungenleiden.

In Erfurt am 10. Mai der Seher Emil Börke aus Willenberg, 31½ Jahre alt.

In Kiel am 2. Mai der frühere Buchdrucker, Hotelbesitzer Andreas Grapengeter, 50 Jahre alt — Darmkrebs.

In Leipzig am 9. Mai der Seherinvalide Max Borkwerk von dort, 55 Jahre alt — Lungenleiden.

In Louisville der Seher S. Knecht, 69 Jahre alt. In Stuttgart am 6. Mai der Seher Otto Frey aus Calmbach, 53 Jahre alt — Herzleiden; an demselben Tage der Seher Jakob Brenner aus Egenhausen, 61 Jahre alt — Schlaganfall; am 7. Mai der Drucker Wilhelm Bäderte aus Braunschweig, 58 Jahre alt — Schlaganfall; an demselben Tage der Seher Georg Schüler aus Hannover, 63 Jahre alt — Herzleiden.

In Wien am 1. Mai der Seher Joseph Rauch, 54 Jahre alt; am 2. Mai der Seher Joseph Lodersbeck, 29 Jahre alt.

Briefkasten.

S. M. in A.: Bringen Sie Ihre Klagen über lokale Verhältnisse in der Verammlung vor. — W. S. in C.: Auf Grund der §§ 133a und folgende der Gewerbeordnung. — B. M. in A.: Für Zulassung besten Dank. — F. W. in G.: (Schweiz): Ihr Wunsch wurde von uns zur Ausstellungsleitung übermittle. — J. in M.: Ein Buch, in dem nur das von Ihnen gewünschte Thema behandelt ist, kennen wir nicht. Doch sind wir unferriedel, daß in einem der nächsten Hefte der „Syngraphischen Mitteilungen“ ein ausführlicher Aufsatz mit den von Ihnen gewünschten Anrechnungen aus aller und neuer Zeit erscheint. — D. S. in C.: Dankend erhalten; wie sich die Sache verhalten läßt, können wir im Augenblicke noch nicht sagen. — Nach Polen: Freundschaftliche Empfangen und in allem einverstanden. — S. J. in G.: Nicht über, aber wie in Nr. 47 an dieser Stelle schon bemerkt, sind wir für dieses Jahr damit bereits verlesen. — S. S. in A.: Ein interessanter Aufsatz. Wir denken ihn später zu behandeln; bei der großen Zahl der noch vorliegenden Beiträge ist eine Zeitbestimmung aber nicht möglich. — A. S. in C.: Selbstverständlich brieflich. — S. M. in M.: Lassen Sie den Mann schwaben und schwindeln. Sie haben durchaus recht mit dem Ausdruck über die Bänder: „Die Welt hat Grenzen, aber die Dummheit der Menschen nicht!“ — U. S. in G.: Wegen Einfindung von 80 Bl. vom Tarisante, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu beziehen. — S. in Frankfurt a. M.: 2,30 Mk. — Die Gawe, von denen uns bisher keine Rechenschaftsberichte zugehen (Berlin, Ober, Posen, Westpreußen, Mittelrhein, Dresden), bitten wir, uns umgehend die Höhe ihres Vermögensbestandes mitzuteilen. Die Redaktion.

